ROTE ANNELIESE

Nr. 170 / November 2001 Fr. 4.50

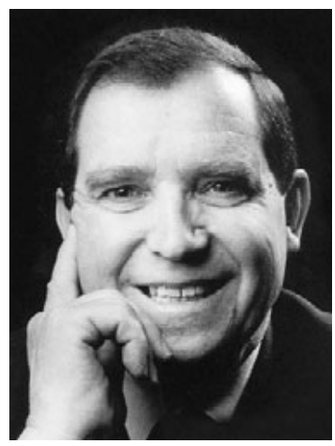
Halbzeit in Bern!

Die NOTEN!

Seiten 3–5

Wahnsinn am Monte Moro

Exklusiv: Der Mega-Plan!



Wilhelm Schnyder will 180 Millionen verjubeln!

Seite 6

Mausarmer Otto G.

- Zwei neue Luxuskarossen!
- Den Anwalt bezahlen wir!
- Büro Cina kassiert!

Seite 8

Odilo Schmid nimmt gelbe Agenten aufs Korn Seite 9

Schwarz-gelbes Streichkonzert mit Schnauz

Ja, geit's no? Letztes Jahr haben sie erst massive Steuererleichterungen durchgeboxt, damit dem Kanton Wallis zig Millionen aus den klammen Fingern gerissen, und jetzt zur Krönung das grosse Streichkonzert? Angetrieben vom Briger Grossvezier mit der grossen Schnauze, wütet der «Tigerentenclub» durch das Budget-Dickicht, hinterlässt links wie rechts einen Scherbenhaufen. Natürlich ist der links um einiges grösser! Samt und sonders fährt man sich an den Karren, und immer wieder findet sich neues. Zum Sparen. Wettbewerb at ist best!

Da mault der Briger Finanzchef Louis Ursprung in Richtung Schnyder und plötzlich muss auch die Stadtgemeinde Brig-Glis etwas am heiligen St. Contact-Center mitberappen. Ein anderes Mal fängt sich das Briger Finanzgenie nach einem Rencontre mit Schnyder plötzlich die Miss-Twiggy-Variante an Investitionsmillionen fürs Kollegium Brig ein. Ein unwürdiger Grabenkrieg, in dem jeder jedem einmal abwechselnd ans Schienbein «gingget», und nebenbei die Sparhysterie noch einen Schritt weiter treibt! Letztes Opfer der Sparwut im Grabenkampf: Das Jugendgesetz, noch vor den Wahlen als CVP-Errungenschaft der Extraklasse apostrophiert, soll nach knapp einem Jahr wieder sistiert werden. **Geit's no?**

Auch die Gelben liefern in dieser Budgetschlacht des öfteren genug Beweise, die an der Vernunft in der Mehrheitsholding zweifeln lassen. Die CSPO um ihren Finanzguru Ernst Witschard spielt sich als Partei mit dem grossen Sachverstand auf. Dabei wissen sie selber nicht einmal, wie ein Budget zu lesen ist: Ja, verschuldet sich das Wallis jetzt mit 50 Millionen Franken pro Jahr neu oder ist das nur die gesamte Neuverschuldung der letzten fünf Jahre? Wäre dann schon noch wichtig zu wissen! Und die sollen wissen, wie man spart? **Geit's no?**

Patrick Zehner

Inhalt

Escher/Epiney Die traurige Bilanz nach zwei Jahren ▶ Seite 3

Nationalrat: Schwache CVP-Delegation ▶ Seite 4

Monte Moro: Gelbe Goldgräber wollen 180 Mio. verlochen! ▶ Seite 6

König Otto G. I.: Büro Cina in heikler Mission! ▶ Seite 8

Gebäudeversicherung: Odilo nimmt gelbe Agenten an die Kandarre! ▶ Seite 9

Alpenprotokolle: Eschers Rückenschuss gegen das Wallis? ▶ Seite 10

Skin-Artikel in der RA: Heftige Reaktionen aus Brig ▶ Seite 12

Strommarkt: Das EMG bringt nix! ▶ Seite 13

Bio-Landbau: Wann springt die OLK auf? ▶ Seite 14

Kapitalgewinnsteuer: Her mit der Steuergerechtigkeit ▶ Seite 15

Hobsbawn: Das Gesicht des 21. Jahrhunderts ▶ Seite 16

Schmid Schami: Broschüre verhängt! ▶ Seite 20

Dicke Eier

Zahlt jetzt Louis das Kollegium?

Wenn es einen Preis für extrem teure Retourkutschen gibt, dann bekommt ihn dieses Jahr ohne Zweifel CVP-Grossrat Louis Ursprung. Als Mitglied des Grossen Rat spielte er sich als Obersparer auf und verlangte vom Staatsrat massive Einsparungen. Der Staatsrat kam dem Finanzchef von Brig-Glis grosszügig entgegen und strich 1,5 von 4,5 Millionen für die Renovation des Kollegiums Brig. Bange Frage: Zahlt jetzt Ursprungs «Waadtländer-Versicherung» den Schaden?

Die gnädigen Herren von Raron

Im Gemeinderat von Raron wird politisiert wie zu Zeiten der Herren von Raron. Weil Vizepräsidentin Marlies Chanton für eine Südvariante der Autobahn einsteht und die restlichen Gemeindeherren unter der Leitung des gelben Präsidenten Daniel Troger für die Nordvariante weibeln, wurde Chanton von Troger einfach vor die Türe gesetzt, als das Traktandum A9 auf der Traktandeliste stand. Sie sei eine Interessenvertreterin und deshalb müsse sie in den Ausstand treten, lautete die lapidare Begründung. Der Interessenvertreter und Architekt Troger hingegen blieb im Sitzungssaal.

Hoppla, Renata startet durch!

Was wäre die Linke ohne Marx' «Kapital»? Literatur hat schon den Werdegang so manchen Politikers beeinflusst. Daran mag auch CSPO-Grossrätin Renata Imseng gedacht haben, als sie sich «Die weisse Massai» besorgte. Sie wird enttäuscht sein: Darin geht es nämlich um eine Schweizer Blondine, die in Afrika auf fremden Terrain rumhockt, nichts zu sagen hat, den Schwarzen beim Palavern zuhört. Und nach vier Jahren zurück in die Heimat abzischt. Hoppla...

Fremde Federn I

Nach Brig-Glis hat nun auch Naters das begehrte Energiestadtlabel erhalten. Gut erklärbar ist das schnelle Tempo, das die beiden Stadtpräsidentinnen Viola Amherd und Edith Nanzer dabei vorgelegt haben. Denn am Anfang der Idee stand die SP Brig-Glis und Naters, welche eine diesbezügliche Unterschriftensammlung in der Pipeline hatte. Auch die *Rote Anneliese* ist hocherfreut, dass die beiden CVP-Präsidentinnen entgegen ihrer sonstigen Parolen, dem Umweltschutz auf diese Weise dienen. Denn die Energiestadt-Idee wurde vor zehn Jahren von den Umweltorganisationen WWF Schweiz und der Schweizerische Energie-Stiftung (SES) lanciert.

Fremde Federn II

Bis jetzt hat die CVP Brig-Glis hartnäckig einen Hochbahnhof für die FO und BVZ auf SBB-Niveau bekämpft. Ideen aus der Ecke der SP und der FDP wurden als nicht machbar taxiert. Nun ist die CVP soweit. Viola Amherd hat den Parkhausvorschlag auf dem Bahnhof mit einem Hochbahnhof gekoppelt.

Impressum

Rote Anneliese (ra)
Auflage: 3000
Jahresabo: Fr. 30.–
Unterstützungsabo: 60.–
PC 19-8382-6

Redaktoren
Kurt Marti (ktm)
Patrick Zehner (pz)

Sekretariat
Ursula Schild

Freie MitarbeiterInnen
Renata Werlen (rw),
Cyrill Pinto (cp),
Hilar Eggel (he)

Satz und Druck
S&Z Print AG, Brig-Glis

Herausgeber
Verein Rote Anneliese
PF 441, 3900 Brig-Glis
Tel. 027 923 63 89
Fax 027 923 69 71
rote.anneliese@rhone.ch

Das Polit-RAting

Halbzeit in Bern: Der Ständerat

- Keine Vorstösse
- Dumme Unterschriften

Rolf Eschers Leistung: sackschwach!

BERN/WALLIS – **Seit zwei Jahren hockt er nun unter der Bundeshauskuppel: Rolf Escher. Die Halbzeitbilanz sieht nicht gerade rosig aus. Auch Simon Epiney bringt seiner Klientel weit mehr als dem Wallis selber. Das Rating der *Roten Anneliese* zeigt, wer wie gut abschnitt.**

VON PATRICK ZEHNER

Es sind teure Ferien, welche die Walliser Steuerzahler dem Schmalspurbahnpolitiker Rolf Escher bezahlen: 60 000 Franken bekommt der Briger Ständeherr für seine Bundeshausauftritte pro Jahr. Sein Leistungsausweis dafür: Sackschwach! Kein Vorstoss, kaum Gewicht hinter den Kulissen, taktisch und sachlich ungeschickte Unterschriften. Auch Ständeherr Simon Epiney holt lieber die Kastanien seiner Interessenverbände aus dem Feuer!

Note: 1

Rolf Escher

Der Schmalspurbahnpolitiker

Persönliche Vorstösse: 0
Wortmeldungen im Rat: 16, davon 5 zum EMG
Medienauftritte: 4

Rolf Escher ist in Bern ein Totalausfall. Nicht einen einzigen Vorstoss hat der Briger bisher auf nationaler Ebene vorzuweisen. Auch sonst hat der begabte Festredner mit Voten im Rat gegeizt. Stattdessen gefällt er sich als Pausenclown, der eine Ratsdebatte schon mal mit einem Witz aufzulockern versucht. Escher setzt ein ums andere Mal aufs falsche Pferd: er rennt mit der Publikationspflicht beim Grundstückserwerb offene Türen ein, unterstützt blauäugig die Kernenergie, setzt in der Interpellation Inderkum auf den Bau einer zweiten Tunnelröhre am Gotthard. Offenbar blindlings unterschreibt Escher jedes Papier, das ihm sein Biersohn Philipp Stähelin, Gotthard-Tausendsassa Filippo Lombardi, Toni Dettling oder Hansheiri Inderkum in die Finger drückt. Nur bei der Elektrizitätsmarktdebatte erreichte er ein annehmbares Rendement. Aber da sollte sich der Elektrizitätslobbyist ja auskennen. Doch diese Leistung wird bald hinfällig, das Elektrizitätsmarktgesetz (EMG) droht – auch wegen der schwachen Verordnung – beim Volk durchzufallen.

Fazit: Schwach. Seinen Leistungsausweis weiss nur Mit-Rotarier pr im WB schön zu schreiben.

So wurde bewertet...

Massgebend für den Leistungsausweis eines Politikers ist neben der Ratstätigkeit (Kommissionsmitarbeit, Vorstösse, Medienauftritte) auch die politische Wasserverdrängung (Einfluss hinter den Kulissen).

Unser Rating schliesst alle Faktoren ein: Anhand der persönlichen Vorstösse und der Wortmeldungen kann Initiative und politisches Interesse abgelesen werden. Die Medienresonanz lässt sich daran ablesen, wie oft die einzelnen Räte in den wichtigsten Schweizer Medien (ARENA, Sonntagszeitung, Le Temps, FACTS) aufgetaucht sind. Zudem sprachen wir mit Bundeshaus-JournalistInnen.

Note: 2

Simon Epiney

Der Interessenvertreter

Persönliche Vorstösse: 9
Wortmeldungen im Rat: 45, davon 8 als Kommissionssprecher, 5 zum EMG
Medienauftritte: 16

Simon Epiney gefällt sich in der Rolle des Interessenvertreters. Der Vielredner weiss, wann seine Schäfchen Salz und Gläck brauchen.

Immer deutlicher werden die Vorstösse, die eine zweite Gotthardstrassen-Röhre verlangen. Epiney gehört Mal für Mal zu den Unterzeichnern.

Der Neat-Kanton Wallis – auf eine effektive Verlagerungspolitik angewiesen – dankt! Verkehrspolitisch bewegt sich gar nichts beim obersten welschen Fahrlehrer. Auch sonst sind dem Mann von «Aqua Nostra» umweltpolitische Anliegen schnurz. Sein EMG-Einsatz wird umsonst gewesen sein.

Fazit: Mies. Nur wer bei Epiney eine Kastanie im Feuer hat, kann zufrieden sein.

Halbzeit in Bern: Der Nationalrat ■ Schwache CVP-Delegation ■ Antille bereits in Pension ■ Selbst Journalisten schütteln den Kopf:

«Ein Trauerspiel, das wir da seit Jahrzehnten beobachten können!»

BERN/WALLIS **– Was für eine Bescherung, diese CVP! Jean-Michel Cina stimmt am unsozialsten und unökologischsten aller Walliser Nationalräte. Maurice Chevrier ist ein Totalausfall, Fernand Mariétan fällt kaum auf: Das Rating der Nationalräte zeigt ein trauriges Bild. Einzige Lichtblicke: Peter Jossen und Stéphane Rossini. Sie schneiden am Besten ab!**

VON PATRICK ZEHNER

Sozial, ökologisch, progressiv: Attribute, die auf Jean-Michel Cina offensichtlich nicht zutreffen. Er stimmte in fünf von sechs wichtigen Vorlagen gegen die Interessen der einfachen Bürger. Wie will er etwa erklären, dass er gegen die Abschaffung von Steuerabzügen auf Schmiergeldern ist? Auch sonst glänzt die CVP-Delegation kaum. Dafür haben sich Peter Jossen und Stéphane Rossini Lorbeeren auch ausserhalb der Partei geholt, kämpfen hartnäckig für soziale und umweltpolitische Anliegen! Chapeau les deux!

Stéphane Rossini
Der Shootingstar
Persönliche Vorstösse: 26
Wortmeldungen: 26
Medienauftritte: 18

Rossini ist der aktivste Vorstössler in der Walliser Gilde. Still und bescheiden hat er sich innerhalb weniger Monate zu einem respektierten Sozialpolitiker gemausert. Auch ausserhalb der Fraktion. Seine Voten haben Gewicht, seine Ideen werden in der Fraktion aufgegriffen. Einziges Manko: Er ist kein Showman. Daran ändert auch sein vehementer Kampf gegen Rüstungsmilliarden und Armeeausgaben nichts.

Fazit: Engagiert und respektiert. Der neue Shootingstar.

Odilo Schmid
Der Stille
Persönliche Vorstösse: 16
Wortmeldungen: 20
Medienauftritte: 7

Lange war es ihm einsam, auf der linken Seite des CVP-Flügels. Seitdem die CVP-Fraktion ihre Service-Public-Klientel wieder auf den eigenen Zehen spürt, wird's wieder belebter um ihn herum.

Obwohl Schmid nicht gerade zu den schillernden Persönlichkeiten in Bern zählt, strebt er immer wieder danach, Nachteile fürs Wallis auszubügeln. So versuchte er etwa, die wegweisende Initiative «Energie statt Arbeit besteuern» walliskompatibel nachzubessern, scheiterte aber an der bürgerlichen Mehrheit.

Hinter Stéphane Rossini und Peter Jossen hat er die meisten Vorstösse hinterlegt, obwohl er sonst das Rednerpult gerne umgeht.

Fazit: Gute Vorstösse, falsche Partei.

Fernand Mariétan
Der Nobody
Persönliche Vorstösse: 1
Wortmeldungen: 20
Medienauftritte: 0

Fernand wer? Mariétan sticht nicht oft aus der Masse der nationalrätlichen Politiker hervor. Stattdessen predigt er als Kommissionssprecher von der Kanzel. Darin erschöpft sich sein Wortdrang schon. Dafür unterstützt er jetzt die Einrichtung einer Stehbar in der Wandelhalle.

Fazit: Schwach, initiativlos: ein politischer Niemand in Bern.

Maurice Chevrier
Der Hinterbänkler
Persönliche Vorstösse: 2
Wortmeldungen: 3
Medienauftritte: 1

Der Evolèner Anwalt und Notar ist eine graue Maus in Bern. Wenigstens hat er im Fortgang der Diskussion um die ökologische Steuerreform auf Anregung der Walliser Verwaltung eine Motion eingereicht, die eine Steuer auf nichterneuerbarer Energie verlangt und damit die allgemeine Mehrwertsteuer auf Energie abschaffen will. Sonst bleibt sein Wirken äusserst diskret.

Fazit: Schwach! Keine eigenen Ideen, eine gute, aber pfannenfertig servierte Motion.

Charles-Albert Antille
Der Politrentner
Persönliche Vorstösse: 3
Wortmeldungen: 26
Medienauftritte: 3

Hat sich seit seiner Abwahl aus dem Siderser Stadtpräsidium aufs Altenteil zurückgezogen. Seine rhetorische Leistung erschöpft sich im Nachbeten der Mehrheitsmeinung seiner Kommissionen: ganze sechs Mal hat er sich sonst zu Wort gemeldet. Er bleibt – wie auch schon die vergangene Legislatur – erschreckend blass.

Fazit: Ein Politiker im kältesten Spätherbst seiner Karriere.

Jean Michel-Cina
Der unglückliche Stratege
Persönliche Vorstösse: 8
Wortmeldungen: 29
Medienauftritte: 29

Bemüht, aber unglücklich. Der Salgescher Cina hat die grösste Blamage der CVP mit verursacht: das Unterschriftendebakel gegen die Fristenregelung. Das erste Referendum der CVP-Geschichte ging unter anderem bachab, weil Cina zu spät auf die Piste ging. Der Abstimmungskampf über die Fristenregelung dürfte für ihn ungemütlich werden: Chef-Initiant Cina darf in der Deutschschweiz verkaufen, dass seine Partei eine Fristenregelung light unterstützt, währenddem er in seinem Stammland am Rotten allen weiss machen muss, die CVP kämpfe hartnäckig gegen das «Abtreibungrecht». Wird sich Cina da schadlos halten?

Fazit: Mit einem solchen unglücklichen Händchen empfiehlt er sich sicher weiterhin für höhere Weihen. Bei der CVP!

Peter Jossen
Mister Geldwäscherei
Persönliche Vorstösse: 18
Wortmeldungen: 26
Medienauftritte: 18

Zeigt sich in allen Belangen aktiv. Er schneidet neben Rossini in Sachen Umwelt- und Sozialkompetenz am Besten ab (vgl. Tabelle). Auch ausserhalb der Parlamentariergilde ist sein Sachverstand geschätzt (vgl. Statement). So hat seine Interventionen zur Geldwäschereikontrollstelle im Frühjahr die nationalen Medien aufhorchen lassen. Diese Geschichte hat ihm aber auch einen prominenten Feind beschert: den Zürcher SchreihalsVolksPopulisten und Geschichtsklitterer Christoph Mörgeli. Das allein ist ein Hinweis auf gute Arbeit!

Fazit: Macht gute Politik in Bern. Mit ihm ist auch in Zukunft zu rechnen!

So sozial und grün sind sie wirklich!

	Frühpensionierung: 800 Millionen statt 400?	Zweite Röhre am Gotthard?	Keine Abzüge auf Schmiergelder?	Ehe auch für Homosexuelle?	Ja zu Europa	Billigere Pararellimporte auf Marken zulassen?	Note
Antille	**Nein**	**Ja**	**Nein**	**abwesend**	**Ja**	**Nein**	**1**
Jossen	**Ja**	**Nein**	**Ja**	**Ja**	**Ja**	**Ja**	**6**
Rossini	**Ja**	**Nein**	**Ja**	**Ja**	**Ja**	**Ja**	**6**
Mariétan	**Ja**	**Nein**	**Ja**	**Nein**	**Enthalten**	**Nein**	**3**
Schmid	**Ja**	**Nein**	**abwesend**	**Nein**	**Ja**	**Ja**	**4**
Cina	**Nein**	**Nein**	**Nein**	**Nein**	**Nein**	**Nein**	**1**
Chevrier	**Ja**	**Nein**	**abwesend**	**Nein**	**Nein**	**Nein**	**2**

CVP-Sonnyboy Jean-Michel Cina zeigt sein Werktagsgesicht: Soziale und umweltpolitische Anliegen interessieren ihn nur in den Wahlbroschüren!

Das Polit-RAting

«Lassen halbprofimässiges Politisieren vermissen!»

«In Bern gelten mit Ausnahme von Rossini und manchmal Jossen alle anderen Walliser als Hinterbänkler. Odilo Schmid meldet sich, wenn er als Katastrophenerfahrener oder Geologe etwas beitragen kann. Die Walliser melden sich selten bis nie zu Wort und lassen auch halb-profimässiges Politisieren vermissen. Geschicktes Taktieren und Argumentieren scheint ihnen fremd, in den Kommissionen sind es in keinem Fall (ausser die beiden Erstgenannten) jene, die man/frau kontaktieren muss, wenn etwas Sachdienliches fällig ist.
Ihre schriftlichen Vorstösse muss man suchen wie die Nadel im Heuhaufen.
Ferner machen sie sich immer noch und nur dann einen Namen, wenn es gilt, in Bern die hohle Hand zu machen. Alles in allem das Trauerspiel, das wir seit Jahrzehnten beobachten können.»

Eine Bundeshausjournalistin zur *Roten Anneliese*

■ Saaser Gemeinden mit hundsmiserablen Finanznoten

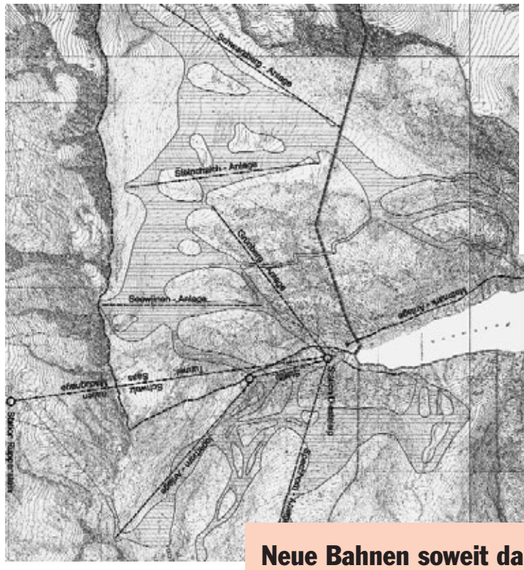
■ 80 Millionen Schulden der Bergbahnen Saas-Fee

Jetzt geht Finanzminister Wilhelm Schnyder in die Offensive: Mit einem 180 Millionen-Megaprojekt am Monte Moro!

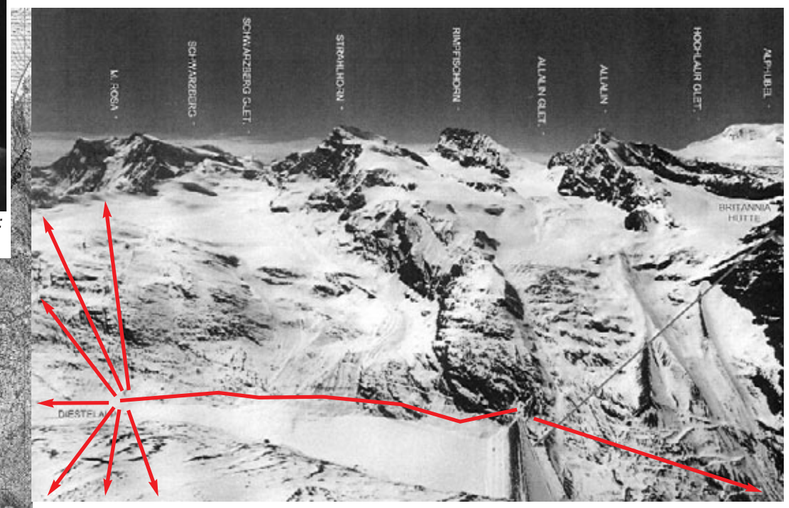
BRIG-GLIS – **Die Finanzlage der Gemeinden im Saastal ist gelinde gesagt miserabel. Das zeigt die Angelini-Studie. Die Gemeinden haben sich mit dem Ausbau der touristischen Infrastruktur hoffnungslos übernommen. Jetzt tritt Finanzminister Wilhelm Schnyder die Flucht nach vorne an. Er propagiert die Mega-Erschliessung des Monte Moro-Gebietes: Für lumpige 180 Millionen Franken!**

VON KURT MARTI

Kann das ein normaler Mensch noch verstehen? Die Saastaler Gemeinden und Seilbahnen sind verschuldet bis unter das Dach und dann kommt der gelbe Finanzdirektor Wilhelm Schnyder zusammen mit dem gelben Regionspräsident Josef Bumann und erklären mit einem seligoptimistischen Lächeln: Die Seilbahnerschliessung des Monte Moro-Gebietes ist für 180 Millionen technisch machbar. Wobei sie sich auf eine 220 000 Franken teure Studie (siehe Kasten) abstützen. Nach intensiven Bemühungen ist die *Rote Anneliese* in den Besitz der Studie gekommen, von der es im Oberwallis offenbar nur zwei Exemplare gibt und welche der Regionssekretär Josef Indermitte unter Verschluss halten wollte.



Staatsrat Wilhelm Schnyder: Lächeln für Monte Moro...



Neue Bahnen soweit das Auge reicht!

- 3,5 km Tunnel von Distelalpe (CH) nach Ruppenstein (I)
- Pendelbahn aufs Spechhorn
- Sessel- und Gondelbahn aufs Jodernhorn
- Pendelbahn auf Grünbergsattel
- Sessel- und Gondelbahn aufs Sewjinenhorn
- Skilift, Sessel- und Gondelbahn aufs Steinchalchhorn
- Sessel- und Gondelbahn aufs Schwarzberghorn
- Pendelbahn zur Britanniahütte
- Standseilbahn vom Mattmarkstaudamm nach Distelalp

Dividenden für Aktionäre, Steuerzahler sollen blechen

Gegenüber dem «Walliser Boten» verschwiegen die Promotoren, woher der Millionensegen erwartet wird. In der Studie steht es klipp und klar: Das Projekt steht und fällt mit dem Engagement der Franzosen, d. h. der Compagnie des Alpes (CDA), welche bereits 35 Prozent des Aktienkapitals der Bergbahnen Saas-Fee besitzt. Laut Monte Moro-Studie braucht es nicht nur geldhungrige Aktionäre, sondern auch *«eine Trägerschaft, deren Massstab nicht allein die Rendite ist.»* Fern jeglicher finanzpolitischer Realität nennt die Studie die Gemeinden, den Kanton, die EinwohnerInnen, die Bergbahnen und die Gäste. Der Swissair-Effekt also:Die privaten Aktionäre und Manager sahnen kräftig ab, die öffentliche Hand kann zahlen und schlussendlich, wenn sich die reichen Onkels aus dem Staub machen, müssen wiederum die SteuerzahlerInnen geradestehen. Erstaunlicherweise erwähnt die Studie mit keinem Wort die prekäre Finanzlage der Gemeinden und auch von den Schulden der Bergbahnen ist nicht die Rede. Stattdessen wird gefolgert: *«Aus finanzieller Sicht ist das Projekt Monte Moro grundsätzlich positiv zu beurteilen.»*

Offenbar steht hinter solchen unglaublichen Feststellungen auch der Walliser Finanzdirektor Wilhelm Schnyder. Auf jeden Fall lächelte er bei der Präsentation der Studie an vorderster Front kräftig mit. Damit setzt er für die Sanierung der Gemeindefinanzen völlig falsche Signale. Sind doch die Finanzen der Saastaler Gemeinden gemäss Angelini-Studie in einem hundsmiserablen Zustand, gerade weil sie sich mit der touristischen Infrastruktur übernommen haben.

Bundesrat konsequent gegen Bahnen im Naturschutzgebiet

Laut Studie entspricht das Projekt den Empfehlungen des Bundes zur Weiterentwicklung des Tourismus. Der Bundesrat sagt aber genau das Gegenteil! Sowohl im Tourismusbericht des Bundes, als auch in den Grundzügen zur Raumordnung der Schweiz und im Landschaftskonzept Schweiz spricht sich der Bundesrat vehement gegen eine Fortsetzung der infrastrukturellen Aufrüstung aus. Und er kommt zum Schluss: *«Der Tourismus ist nicht technokratisch machbar. Die Schweiz muss wieder zu einem Ferienland und nicht zu einem Tagesausflugsziel werden.»*

Zudem hält der Bundesrat in seiner Antwort auf die Interpellation Forster fest, dass er vom *«Grundsatz einer generell zurückhaltenden Konzessionspraxis»* ausgeht. Der grösste Teil der Anlagen des Monte Moro-Projektes würde in ein Schutzgebiet von kantonaler Bedeutung zu stehen kommen. Dazu hält der Bundesrat kategorisch fest: *«In Landschaftsschutzgebieten gemäss den kantonalen Richtplänen werden keine neuen Erschliessungen bewilligt.»* In einem Schildbürgerstreich wollen die Projektverfasser deshalb das Schutzgebiet auf dem Schwarzberggletscher aufheben.

Eine ganz neue Sicht: Umweltschutz durch Seilbahnen

Die Studie verkauft das Monte Moro-Projekt als aktiven Umwelt- und Naturschutz. Ursprünglich sei auch die Erschliessung des Ofentales geplant gewesen. Darauf habe man aus Umweltschutzgründen grosszügig verzichtet. Zudem sei die Tunnelvariante ein aktiver Beitrag zum Umweltschutz, weil damit eine Bahn auf den Monte Moro-Pass verhindert werde. Was aber die Dutzenden von Ski-Anlagen in einem Naturschutzgebiet für Auswirkungen auf die Landschaft haben, darüber äussert sich die Studie nicht. Ebenfalls verschweigt die Studie, welche Auswirkungen der massiv steigende Autoverkehr für die Bewohner des Vispertales hätte.

Neue Pendlerströme über Monte Moro!

Es ist nicht leicht, in einer Zeit des Überangebotes von Bergbahnen und der sinkenden Nachfrage, trotzdem einen Bedürfnisnachweis für ein solches Megaprojekt zu erbringen. In diesem Sinne leistet die Studie eine zirkusreife Übung. Erstens möchte man den Sommertourismus fördern. Eine gute Idee! Die Studie greift zurück auf eine Gästebefragung, aus welcher hervorgeht: Die Gäste wollen attraktive Wanderwege, schöne Landschaften und viel Ruhe. Die geniale Antwort der Studienverfasser: Ein Dutzend neue Gondel-, Sessel- und Pendelbahnen in einem Naturschutzgebiet!

Zweitens möchte man den Wintertourismus ausbauen: Die Gäste wollen nicht mehr solange anstehen, geht aus der Gästebefragung hervor. Erstaunlicherweise hält die Studie im gleichen Atemzug fest: *«In Saas-Fee ist das momentan kein Problem.»* Drittens sagt die Studie *«neue Pendlerströme»* über den Monte Moro-Pass voraus. Auf eine Abklärung allerdings verzichtet die Studie mit dem Verweis auf *«die geringen Einwohnerzahlen der beiden Talschaften.»* Wahrscheinlich beziehen sich die Pendlerströme auf die Murmeltiere, welche durch die Bahnen vertrieben werden.

Region als Selbstbedienungsladen:

Präsident Josef Bumann erteilt sich private Aufträge

Die Monte Moro-Studie wurde im Rahmen des «Interreg II» für grenzübergreifende Projekte in Europa finanziert. Von den Gesamtkosten in der Höhe von 220 000 Franken zahlte Italien 110 000 Franken, der Bund 60 000 Franken, der Kanton 30 000 und die Region Visp/Westlich Raron 20 000 Franken. Beim Bund hat man allerdings keinen blassen Schimmer vom Monte Moro-Projekt. Der zuständige Interreg-Koordinator Rudolf Schiess verwechselte das Projekt sogar mit dem Ausbauprojekt in Bosco Gurin.

Präsident Bumann beauftragt Ingenieur Bumann

Der Bund hatte für die Jahre 1995 bis 1999 rund 25 Millionen für alle Interreg-Projekt zur Verfügung. Die Gelder werden über die Regionen verteilt. Einmal mehr sitzt Regionspräsident Josef Bumann in Pole-Position. In dieser Funktion ist er auch Mitglied der Monte-Moro-Begleitkommission. Gleichzeitig ist sein Ingenieurbüro «Bumann-Bonvin» Auftragnehmer der Studie. Die Projektleitung übernahm das «Institut für Wirtschafts- und Sozialfragen», das jedes Jahr mit 50 000 Franken aus der Kantonskasse subventioniert und von Philipp Schmid geleitet wird. Neben dem Büro «Bumann-Bonvin» durften die Büros von Raumplaner Werner Bloetzer (ABW), von Ingenieur Peter Bloetzer (BIAG) und von Anton Bellwald (Planval) auf keinen Fall fehlen. Die Schildbürger unter sich! Die Hälfte der Gelder ging an ein italienisches Büro.

Kontroverse beim Fonds Landschaft Schweiz

Willy Loretan wäscht Wilhelm Schnyder die Kappe

Der ehemalige Aargauer FDP-Ständerat Willy Loretan und der CSP-Staatsrat haben etwas gemeinsam: Sie sitzen im Vorstand des «Fonds Landschaft Schweiz»(FLS) welcher im Auftrag des Bundes mit Bundesgeldern erfolgreich für den Natur- und Landschaftschutz eintritt. Viele Millionen sind aus dieser Kasse schon in die Erhaltung von Weilern, naturnahe Rebberge und Suonen geflossen.

FLS würde Monte Moro-Ausbau niemals unterstützen

An einer FLS-Veranstaltung zog Willy Loretan in seiner bekannten Art über das Monte Moro-Projekt her und rüffelte öffentlich seinen Vorstandskollegen Wilhelm Schnyder. Der Fonds unterstütze nur Projekte im Sinne des Landschaftsschutzes. Das Monte Moro-Projekt würde der Fonds niemals unterstützen. Das stach Schnyder in die Nase und er konterte: Man müsse doch etwas tun gegen die Abwanderung. Es handle sich aber nur um eine Machbarkeitsstudie. Der tatsächliche Bau und die Finanzierung sei eine ganz andere Frage.

Auch der FLS-Geschäftsleiter Hans Weiss schüttelt den Kopf, wenn er nur den Namen Monte Moro hört. «Das Projekt ist ein Spätzünder auf der Grundlage des Machbarkeitswahns und widerspricht allen Richtlinien der nachhaltigen Entwicklung des Bundes und des Kantons Wallis.» Ein solches Riesenprojekt ziehe einen ganzen Rattenschwanz von Folgeproblemen nach sich, beispielsweise beim Privatverkehr. Und Weiss regt sich auf, wie schnell man für solche Studien 220 000 Franken locker mache. Wenn er hingegen ein paar Tausend Franken für ein konkretes Projekt wolle, dann dauere es Jahre.

«Mausarmer» Otto G. Loretan gibt zu reden:

■ Autos im Wert von 100 000 Franken
■ Aber seinen Anwalt bezahlen wir!

Anwaltsbüro von CVP-Nationalrat Jean-Michel Cina in heikler Mission!

LEUKERBAD/SALGESCH **– König Otto G. Loretan residiert in einer Luxuswohnung, fährt zwei teure Autos, spielt viel Golf und mischt im Immobilienhandel mit. Trotzdem müssen die Walliser SteuerzahlerInnen seinen Anwalt bezahlen. Pikanterweise wird der «mausarme» Otto G. vertreten durch das Anwaltsbüro von Nationalrat Jean-Michel Cina.**

VON KURT MARTI

«Das ist eine Schande für Leukerbad und eine bodenlose Ungerechtigkeit,» sagt ein erboster Leukerbadner zur *Roten Anneliese.* Viele BürgerInnen von Leukerbad verstehen die Welt nicht mehr. Der ehemalige Dorfkönig wohnt in einer Luxusvilla, vergnügt sich regelmässig beim Golfspielen und fährt laut Recherchen der *Roten Anneliese* einen neuen Audi Combi für 60 000 Franken und einen neuen VW Passat für 40 000 Franken, welche beide geleast sind. Otto G. lebt in Sauss und Brauss, aber seinen Gratis-Anwalt müssen die Walliser SteuerzahlerInnen bezahlen.

Pikant an der Sache ist, dass ausgerechnet das Anwaltsbüro von CVP-Nationalrat Jean-Michel Cina die rechtliche Vertretung von Alt-CVP-Nationalrat Loretan wahrnimmt und dafür aus der Kantonskasse honoriert wird. Bereits beginnt unter NationalratskollegInnen das Kopfschütteln über diese politisch heikle Mission.

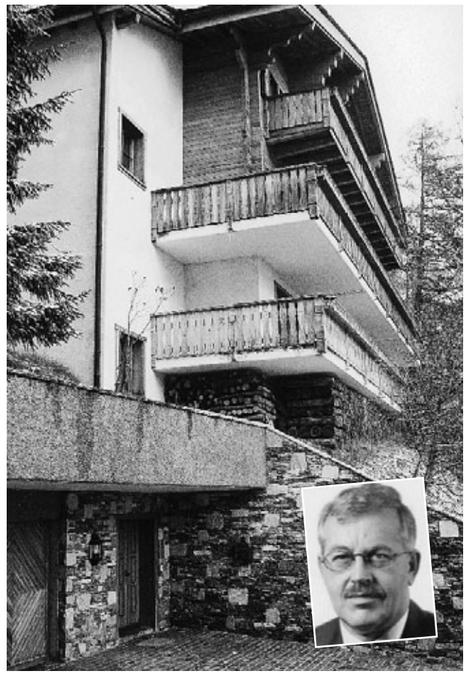
Cina: «Ich halte mich da konsequent heraus!»

Auf Anfrage sieht Cina in der Vertretung von Loretan gar keine Probleme. *«Das Mandat wird von meinem Bürokollegen Roland Fux ausgeführt. Ich halte mich da konsequent heraus.»* Rechtsstaatlich sei an der Vertretung nichts auszusetzen. Der Untersuchungsrichter für das Oberwallis habe den unentgeltlichen Rechtsbeistand für Loretan bestimmt und nicht er. Es handle sich für sein Büro im übrigen um keinen lukrativen Auftrag, gelte doch ein reduzierter Tarif. Über den Lebensstandard Loretans ist Cina *«nicht informiert»* und er verweist auf den zuständigen Untersuchungsrichter Ferdinand Schaller. Dass es Nationalratskollegen gibt, welche über das politisch heikle Mandat des Büros «Fux-Imboden-Cina» die Stirne runzeln, kann Cina gar nicht nachvollziehen.

Untersuchungsrichter Schaller: «Alles nur Gerüchte!»

«Alles nur Gerüchte», sagt Untersuchungsrichter Ferdinand Schaller auf Anfrage. Hinweise über den luxuriösen Lebensstil seien schon mehrmals eingegangen. *«Doch es liess sich bisher nichts beweisen.»* Zudem sei es möglich, dass Loretan neue Kreditgeber gefunden habe. Aber das ändere offenkundig am unentgeltlichen Rechtsbeistand nichts.

Schaller schiebt den Ball weiter an den Staatsanwalt, welcher sich auch mit dem Fall befasse und eigentlich die Interessen des Kantons respektive der SteuerzahlerInnen vertreten sollte. Das alte Lied: CVP-Justizdirektor, CVP-Justiz, CVP-Anwälte und uneinsichtige CVP-Könige. Offenbar hat man aus den Fehlern nicht gelernt. Ja hört denn das nie auf?



«Eine Schande für Leukerbad!» Otto G. hat sein Holz, sein Haus und die Autos im Trockenen. Den Anwalt bezahlen die Walliser SteuerzahlerInnen.

■ **Kostspieliger Gang ans Bundesgericht**
■ **Steuergelder sinnlos und kontraproduktiv verpulvert**
■ **WB-Redaktor schützt CVP-Parteikollegen**

Täscher Gemeinderat feuerte Anwalt Jean-Michel Cina!

TÄSCH **– Der frühere Täscher Gemeindepräsident Hans Imesch hatte mit seinem Stil die Dorfschaft entzweit und wurde abgewählt. Anfang dieses Jahres wurde auch der Gemeindeanwalt Jean-Michel Cina an die frische Luft gesetzt. Mit gutem Grund!**

VON KURT MARTI

Im Interesse seines Mandanten und damaligen Gemeindepräsidenten Hans Imesch hatte Gemeindeanwalt Jean-Michel Cina mit grosser Hartnäckigkeit und ohne Aussicht auf Erfolg gegen den geplanten BVZ-Terminal gekämpft. Den Entscheid des Bundesamtes für Verkehr focht er beim Eidgenössischen Verkehrsdepartement an. Dieses entschied gegen Cina und Imesch. Doch damit gaben sich die beiden Haudegen nicht zufrieden. Bestens honoriert aus der Gemeindekasse schritt Cina bis vor Bundesgericht und riskierte damit auch die Spaltung des Dorfes.

Gemeindeanwalt Cina ohne Rückhalt in Bevölkerung

Erst die Abwahl von Imesch und die Wahl des SP-Mannes Kilian Imboden ermöglichte eine sachliche Diskussion. Sofort zeigte sich, wie wenig Rückhalt das Duo Imesch-Cina in der Bevölkerung hatte: Ohne Gegenstimme beschloss die Urversammlung im letzten März, die Bundesgerichtsbeschwerde zurückzuziehen. Imboden fiel die schwierige Aufgabe zu, den angerichteten Schaden auszubügeln und wieder Ruhe in die Gemeinde zu bringen. Was ihm bisher auch gelang.Im WB wurde der Rückzug der Beschwerde wohlwollend kommentiert und der Schuldige hiess einzig Hans Imesch. Vom Gemeindeanwalt Jean-Michel Cina war keine Rede und auch nicht davon, dass der Gemeinderat ihn kurz zuvor im Januar gefeuert hatte. Das ist kein Wunder: WB-Redaktor Herold Bieler ist CVP-Gemeindepräsident von Termen und wollte «seinen» Nationalrat nicht anschwärzen.

■ Immer mehr Unwetterschäden im Wallis
■ Gebäudeversicherer knausern bei der Prävention

Motion von Odilo Schmid geht gelben Versicherungsagenten an den Kragen

BRIG-GLIS **– Die privaten Gebäudeversicherer im Wallis verlangen nicht nur doppelt so hohe Prämien wie die öffentliche Gebäudeversicherung im Kanton Graubünden, sie knausern auch bei der Prävention. Bald ist Schluss damit! National- und Ständerat haben eine diesbezügliche Motion von CSP-Nationalrat Odilo Schmid überwiesen.**

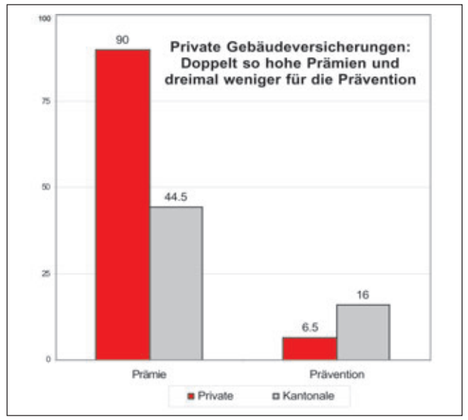
VON KURT MARTI

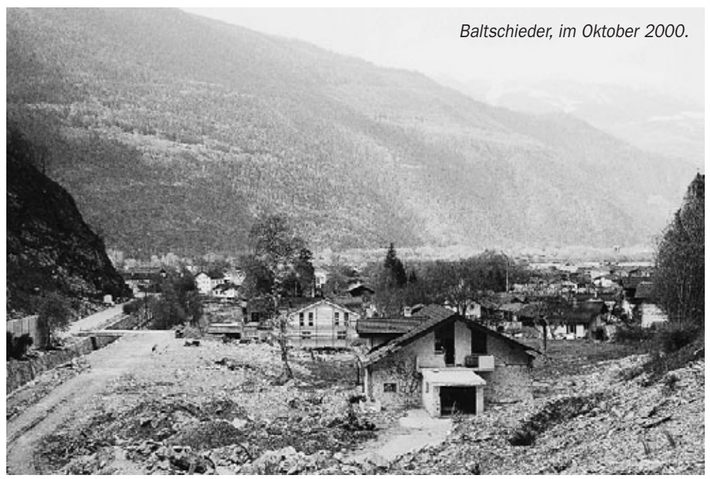
In 19 Kantonen gibt es öffentliche Gebäudeversicherungen, in den restlichen 7 Kantonen (darunter das Wallis) werden die Gebäude von privaten Gesellschaften versichert. Ein teurer Spass! Laut Hans Fünfschilling, Präsident der Interkantonalen Rückversicherung und Baselbieter FDP-Ständerat, verlangen die privaten Gebäudeversicherer der Schweiz eine durchschnittliche Prämie von 90 Rappen pro 1000 Franken versicherte Substanz und geben davon bloss 6,5 Rappen für die Prävention aus. Die Prämie der kantonalen Versicherungen hingegen liegt bei 44,5 Rappen. Davon gehen 16 Rappen in die Prävention. Folglich sind die kantonalen Gebäudeversicherungen die Hälfte günstiger und geben erst noch dreimal mehr für die Prävention aus (siehe Grafik). Die *Rote Anneliese* hat im letzten April vorgerechnet, dass die Walliser Privatversicherer im Vergleich mit der kantonalen Gebäudeversicherung in Graubünden rund 46 Millionen zuviel von den Walliser GebäudeeigentümerInnen abkassieren

Motion geht gelben Agenten an den Kragen

In einer Motion verlangt nun der CSP-Nationalrat Odilo Schmid eine Änderung des eidgenössischen Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG). Bisher schreibt das VAG nur die Erhebung von Beiträgen für den Brandschutz vor. Damit werden die Feuerwehren bezahlt. Angesichts der steigenden Unwetterschäden verlangt die Motion, in Zukunft auch Beiträge für die Elementarschadenprävention zu erheben. Weil die öffentlichen Gebäudeversicherungen dies schon jetzt tun, werden damit vor allem die privaten Gebäudeversicherer zur Kasse gebeten. Die Motion wurde vom Nationalrat im März und vom Ständerat im September dieses Jahres überwiesen. Dazu Ständerat Fünfschilling, der sich für die Motion eingesetzt hat: *«Damit wird das Ungleichgewicht zwischen den neunzehn Kantonen mit einer kantonalen Gebäudeversicherung und den sieben Kantonen ohne etwas ausgeglichen.»*

Mit der Gesetzesänderung müssen die privaten Gebäudeversicherer im Wallis ihre Beiträge für die Prävention von heute rund 5 Millionen auf 12 Millionen erhöhen. Keine Lobgesänge über die CSP-Motion sind jedenfalls von den vielen gelben Versicherungsagenten im Oberwallis zu erwarten.





Baltschieder, im Oktober 2000.

Franz König, Direktor des kantonalen Zentrums für Verwaltungsmanagement:

«Jetzt muss man abklären, ob eine private oder kantonale Gebäudeversicherung besser ist.»

«Ich habe nie einen Hehl daraus gemacht, dass ich für einen Wechsel zu einer kantonalen Gebäudeversicherung bin», hält Franz König fest. Der Direktor des kantonalen Zentrums für Verwaltungsmanagement leitet die kantonale Arbeitsgruppe zur Bewältigung der Unwetterschäden. In den 80er Jahren erhielt König vom damaligen Staatsrat Hans Wyer den Auftrag, die beiden Versicherungsmodelle zu vergleichen. Das Resultat sprach gegen die Privatversicherer und für eine kantonale Versicherung. Die Versicherungs-Lobby lief Sturm und «bodigte im Grossen Rat eine entsprechende Vorlage in hohem Bogen», wie sich König heute erinnert.

König ist der Meinung, dass «die privaten Versicherer nicht teuerer sein dürfen wie die kantonalen zuzüglich eine angemessene Rendite von 12 bis 15 Prozent.» Man könne den HauseigentümerInnen im Interesse der Privatversicherungen doch nicht zu hohe Prämien aufbürden. Offenbar ist auch für den Kantonsbeamten König die Zeit reif, wieder einmal über die Bücher zu gehen: «Die Unwetterschäden werden als Folge der Klimaerwärmung noch zunehmen. Es ist an der Zeit, dass der Kanton abklären lässt, wo wir heute stehen und ob eine private oder öffentliche Versicherung besser ist, und zwar bezüglich Prämien, Prävention und Leistung.»

SP-Motion verlangt kantonale Versicherung

Unterstützung bekommt König von der SPO, welche in einer Motion den Staatsrat auffordert, «ein Projekt für eine kantonale Gebäudeversicherung auszuarbeiten und dem Grossen Rat ein entsprechendes Gesetz zur Beratung vorzulegen.»

Simon Epiney bekämpft die Alpenprotokolle

Fällt auch Escher auf die Wir tschaftslügen herein?

BERN/WALLIS **– Das wird knapp für die Alpenkonvention! Die economiesuisse organisiert die Gegner gegen die Alpenprotokolle. FDP und SVP schiessen sich bereits gegen die Protokolle ein. Aggressiv bearbeitet economiesuisse nun die CVP-Ständeräte. Simon Epiney ist voll auf ihrer Linie. Fällt auch Rolf Escher auf die economiesuisse-Lügen herein?**

VON PATRICK ZEHNER

«Für die Alpenprotokolle wird es knapp!» fürchtet Andreas Weissen von der CIPRA International. FDP und SVP haben die Zusatzprotokolle der Alpenkonvention bereits unter Feuer genommen, jetzt hängt das Schicksal der gesamten Konvention von der CVP ab. Obwohl deren Regierungsräte aus den Bergkantonen die Protokolle unisono unterstützen, werden die Ständeräte wankelmütig. Im Hintergrund versucht derweil die economiesuisse (vormals Vorort und Wirtschaftsförderung), CVP-Parlamentarier aus den Berggebieten mit falschen Argumenten anzufüttern. Der Rückenschuss gegen das Berggebiet ist wohl durchdacht und elegant orchestriert. Eifrig dabei: Astag-Präsident Carlo Schmid und der Walliser CVP-Ständerat Simon Epiney *«Epiney ist zum Handlanger der economiesuisse geworden»,* kritisiert ein Insider. Epineys Einfluss auf den anderen Walliser Ständeherrn Rolf Escher ist bekannt. Droht nun auch Escher ins Lager der Konventionsgegner überzulaufen?

Eschers Vorstoss zum dümmsten Zeitpunkt

Escher hat nämlich im September einen Vorstoss von Hansheiri Inderkum unterschrieben, der offensichtlich bei der economiesuisse abgeschrieben worden ist. Rolf Escher droht den Fehler des Walliser Grossen Rates zu wiederholen. Dieser hatte in der letzten Mai-Session ebenfalls leichtfertig eine Resolution unterschrieben, die sich im Nachhinein als economiesuisse-Pamphlet herausstellte. Eifrig bemühten sich CVPO, CSPO und FDPO daraufhin, ihre Unterstützung gegenüber der Alpenkonvention zu versichern. Der Kanton Wallis hat sich in seinem Bericht nämlich durchaus positiv zu den Protokollen geäussert. Die Walliser Regierung erhofft sich davon eine Verbesserung der Wettbewerbssituation. Mehr noch: *«Die Alpenkonvention könnte durchaus die gesetzliche Grundlage bilden, um die zukünftigen Fördermassnahmen des Bundes zugunsten des Alpenraums zu legitimieren».* Nicht umsonst weibelt Staatsrat Wilhelm Schnyder auf Bundesebene intensiv für die Alpenprotokolle. Sogar CVPO-Nationalrat Jean-Michel Cina, sonst nicht gerade als glühender Verfechter des Umweltschutzes bekannt, unterstützt das Projekt. SP-Grossrat German Eyer bestätigt: *«Das Wallis steht voll hinter der Alpenkonvention!»*

«Die steigende Skepsis in den Alpenkantonen kann die CVP nicht ignorieren!» Die CVP droht die ganze Konvention zu kippen! Unterstützt jetzt auch noch Escher den Verrat am Wallis?

Epineys Wortbruch

Die Wasserzinsen spülen jedes Jahr Millionen in die trockenen Kassen von Kanton und Gemeinden. Das sieht die economiesuisse nicht gerne. Sie bekämpfte die Erhöhung der Zinsen, die dem Wallis heute 160 Millionen pro Jahr bringen, vehement. Erst als sich SP und Grüne ebenfalls für die Erhöhung ins Zeug legten, musste die economiesuisse klein beigeben. Im Gegenzug gaben die Gebirgskantone ihren Widerstand gegen die Alpenprotokolle auf. Diesen Deal hat auch Simon Epiney unterstützt. Der Anti-Umweltaktivist von «Aqua Nostra» steigt nun wieder in den Schützengraben und bekämpft die Alpenkonvention. Ein klarer Wortbruch!

Die Alpenprotokolle kurz erklärt:

Die neun Zusatzprotokolle (Alpenprotokolle) enthalten die konkreten Schutz- und Nutzmassnahmen der Alpenkonvention in den Bereichen Berglandwirtschaft, Bergwald, Bodenschutz, Energie, Tourismus, Verkehr, Naturschutz und Landschaftspflege, Raumplanung und nachhaltige Entwicklung sowie Streitbeilegung.

Mit ihnen steht und fällt die Alpenkonvention, ein völkerrechtlicher Vertrag zwischen den Alpenbogenländern und der EU. Die Alpenkonvention mit ihren Zusatzprotokollen wird europaweit begrüsst. Umso erstaunlicher ist das Zaudern der CVP. Die Alpenkonvention war Anfang der Neunziger nämlich das Kind von CVP-Bundesrat Flavio Cotti und des Deutschen Klaus Töpfer (CDU). Alles andere als militante Umweltschützer!

economiesuisse: Aus allen Rohren gegen die Alpenkonvention

Mai 2001

Eine Resolution der CVPU wendet sich gegen die Zusatzprotokolle zur Alpenkonvention. Tenor: «zu wirtschaftsfeindlich», sie bedeuteten eine «Zurverfügungstellung des Alpenbogens ans Mittelland». Diese Argumente stammen aus der Feder von economiesuisse-Scharfschütze Patrick Eperon. CVPO, CSPO und FDPO unterschreiben vorbehaltlos. Als sich neben SPO-Grossrat German Eyer auch Staatsrat Wilhelm Schnyder für die Ratifizierung der Protokolle ausspricht, herrscht plötzlich der grosse Katzenjammer: «Wir wurden von der CVPU überfahren...»

Juni 2001

Bund und Kantone sind sich einig: Die Zusatzprotokolle sind ok! Vorbehalte der Alpenkantone können ausgeräumt werden. Grundlage der Zustimmung: die Ausgewogenheit zwischen Schutz und wirtschaftlicher Entwicklung des Alpenraumes. Aqua Nostra und Simon Epiney wenden sich gegen die Alpenprotokolle, sie seien zu stark auf den Schutzaspekt ausgerichtet. Die alten economiesuisse-Argumente.

Mitte September 2001

Der Bericht des Staatsrats liegt vor. Er wendet sich gegen eine einseitige Auslegung der Alpenkonvention, die sich auf ihre Schutzfunktion beschränkt., stellt ich aber deutlich hinter die Alpenprotokolle. Die economiesuisse deutet um und frohlockt: «Alpenkonvention: Rote Karte aus dem Wallis».

Ende September 2001

Die Interpellation Inderkum bringt den kalten Kaffe erneut auf den Tisch. Man befürchtet die systematische Bevorzugung des Umweltschutzes. Escher tappt in die Falle und mit ihm weitere bürgerliche Vertreter der Bergregionen. Und wieder reibt sich Eperons economiesuisse freudig die Hände.

Oktober 2001

economiesuisse setzt die Zusatzprotokolle endgültig auf die Abschussliste. Patrick Eperon malt schwarz: «Auf dem Spiel steht die Entwicklung von mehr als 60 Prozent des schweizerischen Staatsgebietes!»

November 2001

Nun springt auch die FDP auf das gesattelte Schlachtross. Sie befürchtet «gefährliche Abenteuer», wenn die Protokolle in Kraft gesetzt würden. Auch die SVP wetzt im Hintergrund die Messer. Fällt nun auch die CVP, wie ihre Alpenlobby um Escher und Epiney, auf das economiesuisse-Pamphlet herein? FDP-Generalsekretär Guido Schommer zeigt sich zuversichtlich: «Die steigende Skepsis in den Alpenkantonen kann die CVP nicht ignorieren!» Sein Amtskollege, CVP-Generalsekretär Reto Nause will nicht dementieren: «Wir haben uns noch nicht entschieden!»

Heftige Diskussionen nach Artikel der *Roten Anneliese*

Jungwacht Glis: Skins sind ausgetreten!

BRIG-GLIS **– Immer noch gibt die Skinheadszene zu reden. Sie wächst rasant weiter, für einige Vereine wird dies nun zum Problem. Die Jungwacht Glis hat an einer Sitzung mit der *Roten Anneliese* zum Problem Stellung genommen und gehandelt: Die Skins sind ausgetreten worden!**

VON CYRILL PINTO

Eine hitzige Diskussion und viele beantwortete Fragen. Dies das Fazit einer Aussprache zwischen Jungwacht Glis und der *Roten Anneliese* kurz nach der Veröffentlichung des letzten Artikels über die Briger Skins. In der damaligen Septemberausgabe wurde unter anderem auch über die Jungwacht und ihre braune Gefolgschaft berichtet. Auf Initiative der Jungwacht setzten sich *Rote Anneliese* und Jungwacht an einen Tisch. Die Jungwacht mit zehn Leuten, darunter Scharleiter Stefan Steiner und alt Präses Christian Heinzen, die RA mit einer Person – die Ausgangslage war schwierig. Der Artikel, vor allem die Passage über die Jungwacht Glis, entspreche nicht der Wahrheit, so die Vertreter der Jungwacht: *«In der Jungwacht sind keine Skins mehr aktiv!».* Doch die *Rote Anneliese* wusste ihre Anschuldigungen natürlich zu untermauern. Sie präsentierte den Jungwachtlern eine Liste der Jungwacht mit allen Namen und Adressen der Mitglieder, unter denen sich eindeutig zahlreiche Glatzen ausmachen liessen. Schlussendlich stellten die Verantwortlichen der Jungwacht fest, dass die Mitgliederliste der Jungwacht Glis auf ihrer Homepage nicht aktualisiert wurde und so die Skins, welche an der GV der Jungwacht Mitte September geschlossen ausgetreten sind, immer noch Online unter den Mitgliedern zu finden waren. Die *Rote Anneliese* bedauert, dass sich der Austritt der Skins aus der Jungwacht mit der Veröffentlichung des letzten Artikels überschnitten hat.

Aber auch an der OS Brig hat sich einiges getan. Nach Erscheinen der *Roten Anneliese* musste Schuldirektor Ewald Salzmann zugeben: *«Die Skinheads sind mehr als eine Modeerscheinung!».* Auch er handelte: Die Schuldirektion verbietet jegliche Uniformierung und das Tragen von Nazi-Symbolen auf dem Gelände der Schule. Darüber hinaus wurde den Nachwuchs-Skins nach einer Aussprache vor dem Schuldirektor verboten, sich in den Pausen zu treffen und ihre Mitschüler zu belästigen. Der richtige Weg, um den braunen Sumpf trockenzulegen?

Begegnung der braunen Art im Britannia

(pz) Die Septemberausgabe der *Roten Anneliese* hat auch in Skin-Kreisen zu Reden gegeben. Der eine oder andere wurde sogar mit der RA unter dem Arm gesichtet. Wie ein Lauffeuer hat sich der Artikel danach in der braunen Gilde verbreitet.

Am 2. November 2001 stellten sie RA-Redaktor Cyrill Pinto im Britannia zur Rede. Bereits am Eingang wurde er von einer Horde Skins mit militärischen Sprechchören wie «*D Rot Annelies chunnt*» oder «*Roti Annelies, Roti Annelies*» begrüsst. Nachdem er an der Bar ein Bier bestellt hatte, begannen sich die Skins um ihn zu scharen und deckten ihn mit Vorwürfen ein. Cyrill Pinto schätzt: «Es waren auf jeden Fall mehr als 20 Skins!» Die Spannung war greifbar. Umstehende, nicht beteiligte Personen beschreiben die Stimmung im Nachhinein als «angespannt, ja beinahe aggressiv». Aus diesem Grund verschwand das restliche Publikum aus dem Pub und bald einmal befanden sich nur noch Skins im Britannia. Die Spannung löste sich erst, als Cyrill Pinto die Skins in ein Gespräch verwickeln konnte. Nach einer angeregten Diskussion liessen die Glatzen den Redaktor der *Roten Anneliese* gehen, nicht ohne ihm vorher ein Exklusiv-Interview zu versprechen. Unser Mann an der Front hat offenbar Glück gehabt: Kaum zwei Stunden nach diesem Intermezzo vermöbelten die Skins im Spycher ein paar Jugoslawen, worauf die Polizei mit Pfefferspray intervenieren musste.

«Nicht der Oberwalliser Skintreffpunkt!»

«GEGENDARSTELLUNG

zum Artikel «Skinheads: Auf dem Vormarsch» in der «Roten Anneliese» Nr. 169, September 2001, Seiten 6 und 7

1. ***Im oben erwähnten Artikel wurde auf Seite 6 folgendes behauptet: «Die Briger Skins treffen sich meist im Britannia Pub. Für Andersdenkende ist dieser Wochenend-Treff tabu».***

   Mit dieser Aussage wird suggeriert, dass sich im «Britannia Pub» nur Skinheads treffen, und dass Andersdenkende dieses Lokal meiden. Dies trifft in keiner Art und Weise zu. Bei der ganz grossen Masse der Gäste des «Britannia Pub» handelt es sich nämlich um Jugendliche aller Altersgruppen, Lehrlinge, Studenten, Spieler des FC Brig etc., die mit den Skinheads überhaupt nichts zu tun haben.

2. ***Auf Seite 7 des erwähnten Artikels wurde unter einem Foto des «Britannia Pub» folgende Bildlegende angebracht: «Das Britannia Pub in Brig ist der Treffpunkt der Oberwalliser Skinheads».***

   Auch dies ist falsch. Es trifft absolut nicht zu, dass das «Britannia Pub» der Treffpunkt der Oberwalliser Skinheads ist. Das «Britannia Pub» wird von den Skinheads wohl kaum als ihr Treffpunkt ausgewählt, da sowohl der Geschäftsführer, Herr Chatrath Sandeep, als auch der Grossteil der Angestellten Ausländer sind.

3. ***Die Skinheads machen nur einen verschwindend kleinen Teil der Gäste des «Britannia Pub» aus. Der Geschäftsführer und die Angestellten des «Britannia Pub» sind von Gesetzes wegen verpflichtet, alle Gäste, die sich anständig verhalten, zu bedienen.»***

Chatrath Sandeep
Geschäftsführer Britannia Pub

Die folgenschweren Kurzschlüsse im Bundesamt für Energie

Monopolisten-Gesetz gefährdet Versorgungsicherheit!

BERN **– Das Strommarktgesetz (EMG) und die Verordnung (EMV) sollten eigentlich den Strommarkt regulieren, den Ökostrom und die Wasserkraft fördern, die kleinen KonsumentInnen mit billigem Strom versorgen und die Versorgungssicherheit (Service Public) garantieren. Genau das Gegenteil ist der Fall. Nachfolgend die gravierenden Fehleinschätzungen des Bundesamtes für Energie.**

VON KURT MARTI

1. Behauptung: Die Marktöffnung kommt auch ohne Gesetz

Wenn das Volk das EMG ablehnt, muss sich die Wettbewerbskommission an den Volkswillen halten, und kann die Marktöffnung nicht erzwingen. Diese Meinung vertritt der Bundesrat in seiner Antwort auf eine parlamentarische Anfrage vom Mai 2001. All diejenigen, welche behaupten, die Strommarktöffnung komme auch ohne Gesetz, erweisen sich als schlechte Demokraten.

2. Behauptung: Kalifornien ist nicht die Schweiz

Das Bundesamt für Energie (BFE) behauptet, die Stromkrise in Kalifornien sei nicht die Folge der Strommarktöffnung, sondern es seien trotz steigendem Verbrauch zu wenig neue Kraftwerke gebaut worden. Diese Behauptung ist nachweislich falsch. Die kalifornische Stromproduktion verfügt über genügend Reserven. Die Stromversorgung war zusammengebrochen, weil die Stromproduzenten den Strom bewusst verknappt haben, um die Preise in die Höhe zu treiben. Ein ähnliches Krisenszenario ist trotz Gesetz und Verordnung auch in der Schweiz möglich.

3. Behauptung: Strompreise werden sinken

Für Grosskonsumenten sind die Strompreise auch ohne Marktöffnung gesunken. Weil die kleinen KonsumentInnen noch sechs Jahre bis zur freien Wahl des Stromes warten müssten, wird es für sie keine Strompreissenkungen geben. Dies zeigen die Erfahrung in Schweden und Kalifornien. Durch die erhöhte Werbung und durch künstliche Verknappungen der Monopolisten besteht vielmehr die Gefahr, dass die Strompreise stark ansteigen.

4. Behauptung: Niemand wird diskriminiert

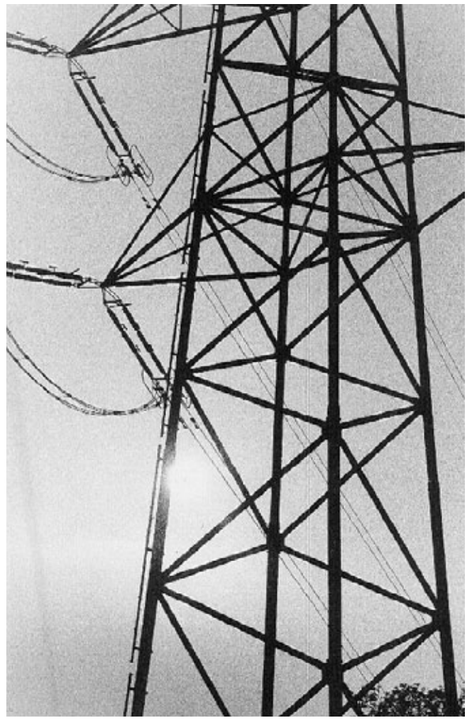
Die Durchleitung ist nur soweit für alle diskriminierungsfrei möglich, als die Stromnetze nicht durch eigene Stromlieferungen der Netzbesitzer besetzt sind. Damit erhalten die Stromproduzenten mit eigenem Netz einen klaren Vorteil gegenüber dritten, unabhängigen Produzenten. Der grundsätzlich geöffnete Markt wird nachträglich wieder teilweise geschlossen und neue Monopole werden errichtet. Deshalb wäre es besser die bisherigen Monopole beizubehalten und den Stromlieferanten klare, politische Auflagen inbezug auf die Versorungssicherheit, das minimale Quantum von Ökostrom und Stromsparvorschriften zu machen.

5. Behauptung: Ökostrom wird bevorzugt

Zwar kann Ökostrom sofort nach der Marktöffnung gratis durchgeleitet werden. Das ist ein kleines Zückerchen, um die Grünen und Linken bei der Stange zu halten. Doch was stärker einschenkt, ist das Modell zur Berechnung der Übertragungsgebühren. Damit werden die Bandstromproduzenten (AKW) und die Grossverbraucher bevorteilt, die kleinen, dezentralen Produzenten und Konsumenten diskriminert. Das Modell wurde von Leuten aus dem Kreise der grossen Überlandwerke und Stromhändler ausgeheckt, namentlich von der Aare Tessin AG für Elektrizität (Atel). Die Atel besitzt einen grossen Teil des Schweizerischen Übertragungsnetzes und ist mehrheitlich in ausländischem Besitz.

6. Behauptung: Nationale Netzgesellschaft garantiert Strommarkt

Die nationale Netzgesellschaft wird gemäss EMG und EMV den grossen Überlandwerken des Mittellandes gehören, welche auch den Verwaltungsrat dominieren. Diese erhalten damit eine marktbeherrschende Stellung, umso mehr als die Bereiche Stromproduktion, Übertragungsnetz und Verteilung nur buchhalterisch, nicht aber betrieblich sauber getrennt werden sollen. Neue Monopole werden damit begünstigt.



EWBN-Direktor Paul Fux zur Marktöffnung:

«Zum jetzigen Zeitpunkt würde ich gegen das Gesetz stimmen.»

Paul Fux, der neue Direktor des grössten Oberwalliser Elektrizitätswerkes Brig-Naters (EWBN) war bis jetzt klar für das Elektrizitätsmarktgesetz (EMG). «Ich bin der Meinung, dass man die Liberalisierung regeln muss.» Doch die zugehörige Verordnung (EMV) könnte er nicht unterschreiben. Und Fux folgert: «Zum jetzigen Zeitpunkt würde ich auch gegen das EMG stimmen.»

Verordnung für die Grossen

Für Fux geht die Vorordnung zum Teil weiter als das Gesetz. Er begründet seine Ablehnung mit dem hohen Verwaltungsaufwand zur Berechnung der Durchleitungsgebühren. «Der Handlungsspielraum für kleine Stromverteiler wird dadurch erheblich eingeschränkt. Die Vordnung ist für uns nicht vollziehbar. Sie wurde für die Grossen Überlandwerke gemacht.»

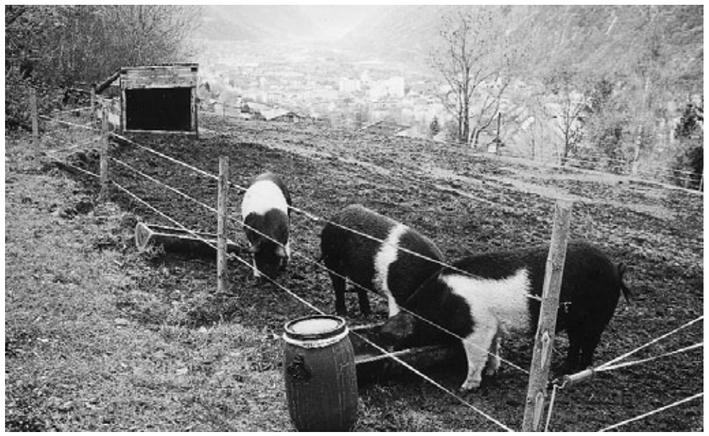
Gefahr für Netzunterhalt

EWBN-Direktor Fux befürchtet langfristig als Folge von zu niedrigen, festgeschriebenen Durchleitungsgebühren «eine Vernachlässigung des Stromnetzes.» Dank gutem, bisherigem Unterhalt bestehe aber kurz- und mittelfristig keine Gefahr.

■ Frage an den neuen Oberwalliser Bauernpräsidenten Max Stalder:

Wann stellen Sie Ihren Bauernhof endlich auf biologischen Landbau um?

BRIG-GLIS – **Die Schweizer KonsumentInnen setzen immer mehr auf biologisch produzierte Lebensmittel. Die Signale stehen eindeutig auf Biolandbau. Deshalb fragte die *Rote Anneliese* den neuen Präsidenten der Oberwalliser Landwirtschaftskammer (OLK), Max Stalder: «Wann stellen Sie auf biologischen Landbau um?»**



Seltenheit im Oberwallis: Bio-Schweine auf dem Schmeli-Hof in Brig-Glis

VON KURT MARTI

«Ich stelle auf Biolandbau um, wenn es rentiert und nicht auf ein finanzielles Fiasko hinausläuft», hält Max Stalder kurz und bündig fest. Vor gut einem Jahr wurde der 30-jährige ETH-Absolvent Max Stalder aus Visp an die Spitze der Oberwalliser Landwirtschaftskammer (OLK) gewählt, welche gleichzeitig als Nachfolgeorganisation des bisherigen Oberwalliser Bauernverbandes gegründet wurde. Sowohl im Präsidium als auch in der Geschäftsleitung verschwanden damit die verbissenen Kämpfer gegen den Biolandbau und machten jungen Leuten Platz. Im siebenköpfigen Präsidium nahm sogar ein Biolandwirt Einsitz.

Klage über fehlende Absätzkanäle

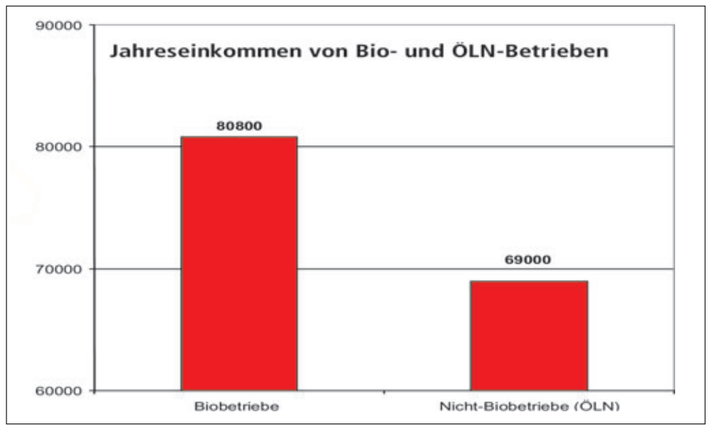
Bauernpräsident Stalder bewirtschaftet westlich von Visp den landwirtschaftlichen Betrieb «Lindenhof» gemäss ÖLN-Standard (Ökologischer Leistungsnachweis, bisher IP). Seine Kühe produzieren auf dem Lindenhof pro Tag rund 1000 Liter Milch, welche an den Walliser Milchverband in Siders geliefert werden. Bei der Vallait SA wird die Milch unter anderem zu Konsummilch abgepackt und in den Verkauf gebracht. *«Wenn ich auf Bioproduktion umstelle, fehlen mir die Absatzkanäle»,* verteidigt sich Stalder. Denn der Milchverband habe keine Infrastruktur zur Verarbeitung von Bio-Milch und im Direktverkauf seien solch grosse Mengen nicht zu bewältigen.

Wer also im Oberwallis Bio-Milch von Oberwalliser Landwirten kaufen will, der muss diese weiterhin direkt vom Bauernhof beziehen. Wird die Bio-Milch beispielsweise beim Coop als Naturplan-Milch gekauft, dann wurde diese im Mittelland produziert, in der Aargauer Milchzentrale abgepackt und ins Wallis transportiert. Es stellt sich deshalb die Frage, wieso nicht die Walliser Landwirte die Biomilch fürs das Oberwallis produzieren und damit ihr Einkommen aufbessern (siehe Grafik).

Zehn Talbetriebe müssten auf Bio umstellen

Stalder weiss genau, wo es hapert und was zu tun wäre. Um die rentable Menge Milch von 10 000 bis 15 000 Liter zu produzieren, *«müssten rund zehn grössere Talbetriebe auf Biolandbau umstellen.»* Dass der frühere Bauernverband nichts dafür getan hat, ist kein Wunder, aber ist die neugegründete Oberwalliser Landwirtschaftskammer schon in diese Richtung aktiv geworden? Dazu Stalder: *«Nein. Bis jetzt bestehen keine konkrete Pläne. Alles braucht seine Zeit.»* Vieles sei in der Vergangenheit in der Walliser Landwirtschaft falsch gelaufen. Die mangelnde Zusammenarbeit zwischen der Biovereinigung und dem Bauernverband habe einen tiefen Graben unter den Bauern aufgerissen und zu einer Abneigung gegen den Biolandbau geführt.

Oberwalliser Landwirtschafts Kammer



Quelle: FAT / Grafik: ktm

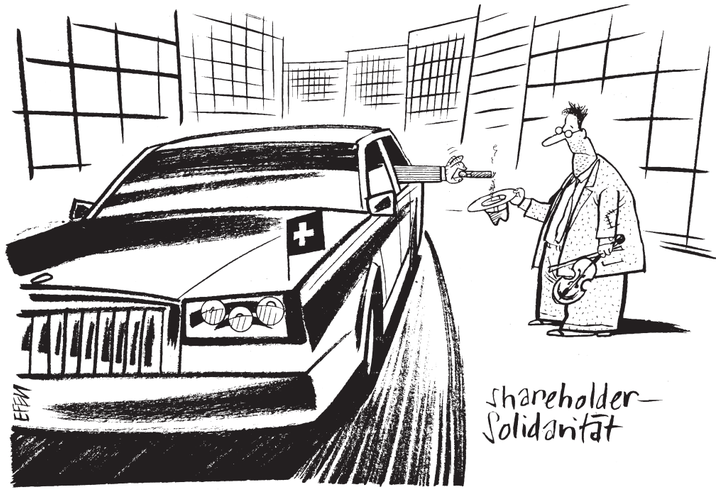
Burgerschaft Visp will Bio auf dem Burgergut in der Grosseye

Bauernpräsident Max Stalder betreibt seinen eigenen Hof direkt neben dem Hof seines Vaters Peter Stalder, welcher das Gut der Burgergemeinde Visp in der Grosseye bewirtschaftet. Vater und Sohn arbeiten in einer Betriebsgemeinschaft zusammen. Wie Stalder Junior muss sich auch Stalder Senior überlegen, ob er auf Biolandbau umstellen will. Denn die Burgerschaft Visp möchte, dass ihr Bauerngut nach den Bio-Richtlinen bearbeitet wird und hat dieses Anliegen dem Pächter bereits mitgeteilt. Im nächsten Frühling soll darüber entschieden werden.

■ Steuerfreie Börsengewinne für die Unternehmer
■ Shareholder-Keule für die Angestellten

Jetzt reicht's: Steuergerechtigkeit, aber subito!

WALLIS/SCHWEIZ – **Nirgends liess sich in den Neunzigern so viel Geld verdienen wie an der Börse. Steuerfrei! Dafür mussten die Kleinen Sparhefte, Zinsen, Kinderzulagen, die AHV-Rente und die mageren Dividenden versteuern. Das ist ungerecht: Jetzt muss Steuergerechtigkeit her!**



Die einen müssen jeden Rappen versteuern, die anderen sahnen steuerfrei ab: Die Kapitalgewinnsteuer bringt Steuergerechtigkeit!

VON PATRICK ZEHNER

Tragisch, aber wahr: Die letzten zehn Jahre waren für die meisten ein verlorenes Jahrzehnt. Ständige Sparrunden, ein aussichtsloser Kampf an den Lohnverhandlungen, der Krampf gegen Rezession und Entlassung, während zehn Jahren kein Franken mehr in der Lohntüte. Die Blocher und Ebner der Neunziger haben die harten «Chrampfer» verarscht.

Heute ist klar: Die Krise bezahlten die Arbeitnehmer, die Unternehmer kassierten dafür kräftig an der Börse ab! Während die einen jeden Franken vom Sparheft, von Obligationen, Zinsen, Dividenden, Kinderzulagen bis auf den roten Heller versteuerten, schlüpften die grossen Haie durch das Steuerschlupfloch, das keine Kapitalgewinne belastet. Das muss sich ändern. Jetzt sollen auch jene an die Kasse kommen, die in den letzten Jahren steuerfrei absahnten: Mit der Kapitalgewinnsteuer!

Steuergerechtigkeit bringt eine Milliarde

Börsengewinne von Privaten sind heute steuerfrei. Eine riesige Steuerlücke, die den Bund in den Neunzigern jährlich eine Milliarde kostete. In Zukunft sollen Börsengewinne mit einer Steuer von mindestens 20% besteuert werden. Börsengewinne bis 5000 Franken sind steuerfrei, Kleinanleger kommen also nicht an die Kandarre. Nur mit einem Einsatz von 50'000 Franken im Börsenlotto lassen sich derartige Gewinne erzielen! Verluste können im Steuerjahr und während höchstens zwei weiteren Jahren mit den Gewinnen verrechnet werden. Der SGB erhofft sich dadurch Mehreinnahmen von 800 Millionen Franken pro Jahr, die zur Senkung anderer Steuern herangezogen werden sollen: Eine Verschiebung der Steuerlast von unten nach oben und endlich ein Schritt hin zur Steuergerechtigkeit.

Die *Rote Anneliese* zu den anderen Vorlagen:

Der Trachtenverein hat ausgejodelt!

GSOA-Initiativen: 2 x Ja

Wer die Lehren aus dem 11. September gezogen hat, für den gibt's am 2. Dezember nur eines: Das doppelte Ja zum Zivilen Friedensdienst und zur Abschaffung der Armee. Konflikte lassen sich immer weniger durch militärische Mittel lösen. Bomben auf Afghanistan lösen das Terrorismusproblem nicht. Die zivile Konfliktlösung durch einen freiwilligen, zivilen Friedensdienst muss her! Und die Pinke aus dem Milliardengrab VBS kann man bei den Sozialwerken dringender brauchen!

Jetzt mit dem Umbau beginnen!

Ökologische Steuerreform: Ein überzeugtes Ja!

Weg von der Belastung der Lohntüte hin zur Energiesteuer auf nicht-erneuerbaren Energieträgern: Die Finanzierung der Sozialversicherungen soll fit gemacht werden fürs dritte Jahrtausend. Die neue Energiesteuer bedeutet: Ende Monat mehr Geld in die Lohntüte, weil die Lohnabzüge geringer ausfallen. Sie bedeutet aber auch: Mehr Arbeitsplätze, weil die Arbeitgeber weniger Sozialabgaben bezahlen und den Anreiz zur Schaffung neuer Arbeitsplätze erhalten. Hauptkritik der Gegner: Auch die Wasserkraft wird besteuert. Stimmt, ist aber kein Konkurrenznachteil, da alle besteuert werden! Möglich wäre sogar ein reduzierter Steuersatz für das weisse Gold: Ein klarer Wettbewerbsvorteil!

Bremsen, bis der Notarzt kommt!

Nein zur schädlichen Schuldenbremse!

Achtung, bürgerliche Versenkungstaktik. Zukünftig sollen die Ausgaben des Bundes an die Höhe der Einnahmen gekoppelt werden. Nach den massiven Steuergeschenken des Herbstes ist jetzt schon klar: Die nächsten Streichkonzerte werden wieder einmal die Falschen bezahlen müssen! Die Sozialwerke werden zum bürgerlichen Abbauziel Nummer 1! Auch die Konjunkturexperten warnen: Die Bremse wäre in den Neunzigern brutal eingefahren und hätte die Rezession noch verschärft.

Eric Hobsbawm
Das Gesicht des 21. Jahrhunderts

Der berühmte marxistische Historiker Eric Hobsbawm hat in den letzten Jahren verschiedene Werke veröffentlicht, die sich deutlich von seinem bisherigen Forschungsgebiet – dem 19. Jahrhundert – unterscheiden. «Das Zeitalter der Extreme» (1995) ist ein Versuch, das 20. Jahrhundert historisch in den Griff zu bekommen. Im Buch «Wieviel Geschichte braucht die Zukunft» (1998) setzt er sich als Historiker mit der Zukunft auseinander. Letztes Jahr hat er seine Überlegungen in Form eines Interviews im Buch «Das Gesicht des 21. Jahrhunderts» publiziert. Die jüngst erschienene Arbeit lebt einerseits von den Einsichten der Analyse des 20. Jahrhunderts. Andererseits ermöglicht sie ihm, sachlich und kompetent in groben Linien die kommenden Entwicklungen zu skizzieren.

VON HILAR EGGEL

Ein bekennender Marxist

Hobsbawm ist ein Unikum, ein bekennender Marxist mit Witz. Sein Leben lang war er entschlossen, sich nichts vormachen zu lassen. Erleichtert hat ihm diese Einstellung das Schicksal, das ihn nach England verschlug, wo die «Glorious Revolution» bekanntlich hundert Jahre vor dem Sturm auf die Bastille stattfand.

Hobsbawms Horizont ist enorm, und sein Scharfsinn muss keine Konkurrenz fürchten. Der gelehrte Brite wurde 1917 in Alexandria (Ägypten) geboren, als Spross einer englisch-österreichischen Familie, ist in Wien und Berlin aufgewachsen, emigrierte mit sechzehn Jahren nach England. 1947 begann er seine Lehrtätigkeit als Historiker an der London University. Zurückblickend schreibt er, dass er in Berlin wie «im Krater des Vulkans der europäischen Kultur und Politik lebte. Die Zeit in Berlin hat mein Leben bestimmt.» Die heutige Entwicklung sieht er eher skeptisch, vor allem auch unter dem Aspekt der mentalen Mauer zwischen Ost und West.

Das «kurze» Jahrhundert

Wegen seiner Studien über die bürgerliche Revolution, die Industrialisierung und den Imperialismus gilt Hobsbawm als ein Historiker des 19. Jahrhunderts. Seit Erscheinen seines Buches «Das Zeitalter der Extreme» wird er zugleich als genialer Kenner des «kurzen» 20. Jahrhunderts gehandelt. Der Historiker Hobsbawm hält sich nicht an Jahrhundert-Markierungen; er spricht von langen oder von kurzen Jahrhunderten. Hobsbawms «kurzes» 20. Jahrhundert spielt sich zwischen 1914 und 1991 ab. Für ihn ist der Zerfall der Sowjetunion nicht nur eine Tragödie. Von den drei Brüchen in der Geschichte des 20. Jahrhunderts, dem Ersten und dem Zweiten Weltkrieg und dem Zusammenbruch der Sowjetunion, hält er letzteren für den mit den stärksten und langwierigsten Auswirkungen. «Das ganze Ausmass der Katastrophe ist bislang noch gar nicht richtig erkannt worden», stellt Hobsbawm dazu fest.

Wirtschaft und Politik

Anregend sind vor allem seine Überlegungen zum Verhältnis von Wirtschaft und Politik, die der marxistisch geschulte Theoretiker anders sieht als die derzeit herrschende neoliberale Schulmeinung. Nach Hobsbawm wird durch den «geradezu religiösen Glaube an die Vorherrschaft freier Märkte» generell der Staat geschwächt. Das wiederum führt aber letztlich zur «grossen Frage nach dem Konflikt zwischen den Kräften des Kapitalismus, die auf eine Beseitigung aller Hindernisse hinwirken, und den politischen Kräften, die hauptsächlich durch Nationalstaaten wirken, die entweder gezwungen waren oder sich bewusst dafür entschieden haben, diese Prozesse zu steuern.» Und er stellt weiter fest: «Das ist ein Konflikt, weil die Gesetze der kapitalistischen Entwicklung einfach sind: Maximierung der Expansion, des Gewinns und der Kapitalvermehrung. Dagegen sind die Prioritäten von Regierungen und Völkern, die in Gesellschaften organisiert sind, von ihrem Wesen her andere und bis zu einem gewissen Grad mit den kapitalistischen unvereinbar».

«La faim»; Karrikatur aus dem Buch «Leiter – Dessins de presse 76–80».

Verteilung des Reichtums

Eine weitere entscheidende Frage ist für Hobsbawm, wie in einer Gesellschaft die Verteilung des Reichtums organisiert wird. Die Lösung dieses Problems sieht er in einem alten, schwer krisengeschüttelten Kandidaten: nämlich dem Nationalstaat. Er ist der Meinung, dass sich im Rahmen der staatlichen Institutionen die drängenden Fragen nach der Verteilungsgerechtigkeit und sozialer Ausgewogenheit sinnvoll beantworten liessen. Hobsbawm erklärt: «Die eigentliche Schwierigkeit ist, wie dieser Reichtum verteilt werden kann. Die einzige effektive Methode, die wir kennen, ist eine Umverteilung durch den Staat und seine Institutionen. Das ist der Grund, warum ich den Nationalstaat auch weiterhin für unverzichtbar halte. Seine ökonomischen Funktionen sind möglicherweise geringer als zuvor, aber seine Aufgaben einer Umverteilung sind wichtiger denn je... Was würde passieren, wenn es dazu nicht kommen würde? Es ist eine Frage, zu deren Beantwortung das Ende des 20. Jahrhunderts bereits einige Hinweise gibt.»

Globalisierung

Intensiv beschäftigt sich Hobsbawm mit der Globalisierung. Er hält sie für «zweifellos unumkehrbar und in mancher Hinsicht unabhängig von staatlichem Handeln». Das gelte allerdings «nicht für die Ideologie, die auf der Globalisierung aufbaut, die neoliberale Ideologie». Sollte die «relative Stabilität» von Staaten einem Ordnungsprinzip weichen, in dem transnationale Unternehmen die Rolle der Staaten übernehmen, würde die Welt zunehmend instabil. Beunruhigt ist er darüber, dass die Globalisierung ein Prozess ist, der sich nicht so ohne weiteres auf die Politik übertragen lässt. Hobsbawm schreibt: « Wir können eine globalisierte Wirtschaft haben, wir können eine globalisierte Kultur anstreben, wir haben mit Sicherheit eine globalisierte Technik und eine einzige globale Wissenschaft, aber politisch haben wir eine Welt, die in Wirklichkeit noch immer pluralistisch und in Territorialstaaten aufgeteilt ist.»

Kein Historiker hat sich eingehender mit den Phänomenen von Widerstand und Rebellion beschäftigt als Hobsbawm.

Zerfall der Staaten

Mit grosser Sorge beobachtet er den Autoritäts- und Bedeutungsverlust der Staaten. In verschiedenen Teilen der Welt - so in Afrika sowie West- und Zentralasien - verschwinde «der Staat in jedwelcher Form nach und nach.» Hobsbawm stellt fest: «Meiner Meinung nach hängen die Umkehrung des Prozesses einer Stärkung des Nationalstaates über mehrere Jahrhunderte hinweg, wie auch der Zerfall und das faktische Verschwinden einiger Staaten mit dem Verlust des praktischen Gewaltmonopols durch den souveränen Staat zusammen. In manchen Fällen wie Afghanistan gibt es überhaupt keinen Staat mehr. An seine Stelle sind Fehden zwischen Splittergruppen getreten, die unterschiedlich bewaffnet und in mehr oder weniger starkem Masse mit Adligen und Grossgrundbesitzern verbunden sind.»

Vorherrschaft eines einzigen Staates?

Hobsbawm setzt sich auch mit der Frage auseinander, ob in unserem Jahrhundert die Welt von einer einzigen Supermacht dominiert werden kann. Als Historiker ist er davon überzeugt, «dass die Vorstellung von einer einzelnen Macht, die aufgrund ihrer Grösse und Stärke in der Lage wäre, die Weltpolitik zu bestimmen, ein Irrtum ist. Die USA haben versucht, sie zu verwirklichen, und sie versuchen es immer noch.» Er findet das amerikanische Streben, «sich zum Weltpolizisten zu machen» nicht nur riskant, sondern auch gefährlich, wie die Realität immer wieder zeigt.

Bomben sind keine Lösung

Der Historiker Eric Hobsbawm ist auch nach dem Zerfall der Sowjetunion Marxist geblieben im Gegensatz zu den neo-liberalen Kapitalvernichtern, die der Meinung sind, der Zusammenbruch des Ostens werde sämtliche Probleme lösen und der ganzen Welt Freiheit und Gerechtigkeit bringen. Der Historiker hat nicht nur die Geschichte des 19. Jahrhunderts und 20. Jahrhunderts analysiert, sondern auch in das neue Jahrhundert hineingeblickt und sich seine Gedanken gemacht. Die neoliberalen Ideologen, die ein Vermögen zusammenschaufeln und ein Chaos hinterlassen, attackiert er scharf. Den Politikern steht der 84-jährige Historiker distanziert gegenüber. «Toni Blair kommt mir mehr als jeder andere im Europa von heute als eine Maggie Thatcher in Hosen vor, und es sieht ganz danach aus, als geniesse er sogar die Rolle eines Heerführers.» Mit diesen Worten nimmt er Stellung zur Politik des britischen Politikers. Die Politik von Joschka Fischer und von Gerhard Schröder würde er wohl in gleicher Weise geisseln.

Politik ist grösstenteils an staatliche Grenzen gebunden. Sie greift zu kurz. Global operieren seit langem wirtschaftliche Unternehmen, die auf Profitmaximierung getrimmt sind. Gibt es eine internationale Organisation, die diesen Profitmaximierern ein politisches Gegenwicht entgegensetzen könnte? Hobsbawm ist skeptisch. Für ihn kommen im besten Fall die Vereinten Nationen in Frage. Verfügen sie über die notwendige Macht, ihre Ziele durchzusetzen? Zur Zeit wohl kaum. Die Vereinten Nationen sind vom Goodwill der einzelnen Staaten abhängig.

Die USA sind ein gutes Beispiel dafür. Vor dem 11. September politisierte die Bush-Administration «unilateral». Von multilateralen Anstrengungen hielt Bush nichts. Seine einseitigen Aktionen im Bereich des Klimaschutzes oder der Raketenabwehr nahmen wenig Rücksicht auf multilaterale Abkommen. Dazu Hobsbawm:« Die Zurschaustellung der eigenen Macht genügt nicht, um die Welt zu regieren. Das gilt heute ebenso für Supermächte wie für regionale Mächte, da die Völker der schwächeren Länder sich ihnen nicht mehr unterwerfen werden.»

Die USA können mit Hilfe der Alliierten ärmste und schwache Länder wie Afghanistan in Schutt und Asche legen. Sollte auf diese Weise eine neue, international ausgerichtete Politik eingeleitet werden, wird sie mit Sicherheit in einer Sackgasse enden. Man kann zwar Bomben werfen, aber Bomben allein werden nicht ausreichen. Denn wie der Historiker Hobsbawm feststellt, lassen sich «Völker, die in staatenlosen Gesellschaften lebten, nicht unterwerfen». Als staatenloses Volk hat er unter anderen auch Afghanistan genannt.

Wohin frau/man geht

Umwelt-Agenda

Donnerstag, 22. November, 19.00 Uhr, Bahnhofbuffet Brig
Wie funktionieren Mikrochips und wie werden sie entwickelt?
Vortrag von Hubert Kaeslin

Nähere Informationen und Anmeldung:
Oberwalliser Umweltsekretariat
Tel. 027 / 923 61 62

Tünelkultur Rest. Simplon Naters

Samstag, 24. November, 21.00 Uhr
Quatre in Toulouse
Die Ska-Band ist wieder da, mit neuer CD

Samstag, 8. Dezember
Reggae Night
Reggae/Dub/Ragga/Rasta: Music and Style

Montag, 22. Dezember, 21.00 Uhr
SantaClauseJamSession
Kommt und spielt/singt. Wir sind gespannt!

KELLER THEATER BRIG

Donnerstag, 22. November, 16.00 Uhr
Senioren Theatergruppe Brig-Glis
Sketch, Satire, Besinnliches und Musik

Freitag, 30. November, 20.30 Uhr
Glenn of Guiness
Irisch Sound

Mittwoch, 28. November, 20.30 Uhr, 14.00 und 15.30 Uhr
Jorinde und Joringel
Kindertheater

Freitag, 30. November, 20.30 Uhr
Tandem Tinta Blu
Theos Kaffee-Bar

Sonntag, 15. Dezember, 20.30 Uhr
Patric Lerjen Three Base Hit
Konzert

Jeden Freitag, ab 18.30 Uhr
Politapéro
im Restaurant Simplon, Naters

Kino um 17.00 Uhr

Sonntag, 16. Dezember
Ghost Way – The Way of the Samurai
Jim Jarmusch, USA, 1999

Schenken Sie Alpen!

Dieses Jahr führt die Alpen-Initiative erneut einen vorweihnachtlichen Artikelversand durch. Mit den Geschenkartikeln der Alpen-Initiative bereiten Sie mehrfach Freude. Sie erfreuen die Beschenkten, unterstützen ökologisch produzierende Betriebe in den Schweizer Alpen und Sie unterstützen unsere Weiterarbeit.

In unserem Angebot finden Sie unter anderem wichtige aktuelle Bücher zu den Alpen, Wander- oder Kochbücher, Geschenkpakete mit biologisch produzierten Esswaren, Holzspielsachen, Pflegeartikel, T-Shirts aus Bio-Baumwolle oder mit dem Logo «2. Röhre Nein», usw.

Für sie aus unserem Angebot herausgepickt:

WELTNEUHEIT: Im **«Eau de Vie de Safran de Mund et de Heida»** werden die zwei edelsten Oberwalliser Produkte in Harmonie und Klasse vereint. Biologischer Safran aus Mund, dem einzigen Standort in Mitteleuropa, Heidatrauben aus dem höchsten Rebberg Europas, vinifiziert von Josef-Marie Chanton. Jede Etikette ein handbemaltes Kunstwerk von Veronique Mermod.

Kochen im Einklang mit der Natur: Im Kochbuch **«Saisonküche»** werden in zwölf Monatskapiteln jeweils der Jahreszeit angepasste Menüs mit Suppen, Vorspeisen, Hauptspeisen und Desserts vorgestellt. Hundert einfach nach zu kochende Rezepte, ausnahmslos farbig abgebildet.

Die Artikelkarte wird dem nächsten «Echo» Nr. 64, beigelegt oder kann bei der Alpeninitiative **027/924 22 26** bestellt werden. Übrigens kann auch über unsere Homepage **www.alpeninitiative.ch,** bestellt werden.

Quatre in Toulouse

SKA Band
im «Tünel», Naters

24. November 2001
Ab 21.00 Uhr

Tanzen, Tanzen, Tanzen...

Die Schwarzen in Bern? Was für eine Bescherung! Gut, dass Du mit der *Roten Anneliese* immer dabei bist...

Jetzt kann man/frau sie auch verschenken!

☐ **Ich verschenke die «RA» (Rechnung an mich)**

Name/Vorname: _____

Strasse: _____

PLZ/Ort: _____

Geschenk-Abo an:

Name/Vorname: _____

Strasse: _____

PLZ/Ort: _____

Ausschneiden und senden an: Rote Anneliese, Postfach 441, 3900 Brig; Fax: 027 923 69 71

Die letzte Gelegenheit!

Wer das Abo 2001 noch nicht bezahlt hat, der soll bitte den beiliegenden Einzahlungsschein benützen.

Dicke Eier

Rolf Escher: Wolf oder Bär?

«Erlebnis Natur ohne Wölfe» fordert eine Motion, der Rolf Escher aufgesessen ist. Dabei ist die Begründung der Motion eine wahre Fundgrube für Märchenfreunde: Der böse Wolf, der die Touristen aus den touristischen Gefilden vertreibt! Oder: Nicht auszudenken, eine Person flüchtet vor dem Wolf «gleitet unglücklich aus und stürzt lebensgefährlich»... Für Wandervogel Escher ist deshalb klar: Wolf? Nein danke!. Stattdessen lässt er sich von den Fraktionskollegen lieber wieder einmal einen Bären aufbinden....

Feine Klärschlamm-Polenta für Rey-Bellet!

Im Grossen Rat versprach Staatsrat Jean-Jacques Rey-Bellet, die illegale Klärschlamm-Deponie in Lax aufzuräumen und die Schuldigen zu büssen. Daraus wird nichts. In einem Schreiben an die Rote Anneliese teilt Rey-Bellet mit, dass auf den 300 Tonnen Klärschlamm heute ein wunderbares Maisfeld wächst. Damit sei der alte Zustand wieder hergestellt und von einer Busse werde abgesehen. Als kleines Schmerzensgeld für den bereiteten Ärger wünscht die Rote Anneliese dem quirligen CVP-Staatsrat eine feine Laxer Klärschlamm-Polenta. Bon appétit!

Die Bar

Maurice Chevrier, Fernand Mariétan und Charles-Albert Antille sind in Bern bisher kaum in Erscheinung getreten. Unbemerkt hangeln sie sich durch die Sessionen. Das könnte sich nun ändern: Die beiden CVP-Hinterbänkler und der abgewählte Siderser Stapi haben nämlich das Postulat Abate mitunterschrieben, das die Einrichtung einer Bar in der Nähe des Parlamentssaales fordert. Hoffnung für das Walliser Wahlvolk bedeutet das aber nicht. Es nämlich nicht vorgesehen, dass man farblose Kandidaten analog der TV3-Fernsehshow nach einer Woche abwählen darf....

AHV-Kürzungen für WB-Chef Rieder!

WB-Chef Pius Rieder kommentierte das Ja zur Kinderzulagenerhöhung mit «Auf zur Futterkrippe!» Laut Rieder haben die WalliserInnen nicht begriffen, dass sie bei den Kinderzulagen vier Jahrzehnte einzahlen und bloss zwei Jahrzehnte kassieren. Offenbar hat Rieder übersehen, dass die AHV nach demselben Modell funktioniert: Vier Jahrzehnte zahlen, zwei Jahrzehnte kassieren. Deshalb fordert die Rote Anneliese: Kürzt Rieder die AHV-Rente!

Rey-Bellet: Kleine Siege im Tagesgeschäft

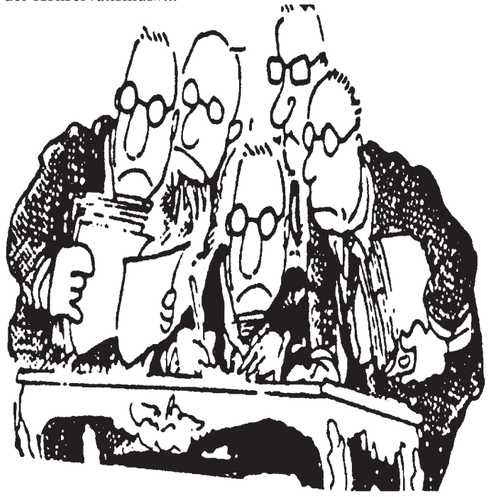
Siege über den politischen Gegner sind bei ihm selten geworden: Jean-Jaques Rey-Bellet. Zuletz musste er beim aufgeflammten Variantenstreit gegenüber den linksgrünen Kreisen klein beigeben. Da freut man sich über Kleinigkeiten. In einer Interpellation wollte SPO-Grossrätin Susanne Hugo-Lötscher wissen, ob der Staatsrat nicht prüfen könne, mit den LSVA-Geldern die Verladetechnik «Modelor» für Camions von Bern-Wallis-Domo zu finanzieren. Die Verladetechnik sei erst in einer Testphase, hiess es in der staatsrätlichen Antwort. Und mit spitzem Unterton: «Es heisst ‚Modalohr' und nicht ‚Modelor'». Musste ja gesagt sein...

Mut zum Aufbruch

Was Jean-Michel Cina schon lange fordert, setzt jetzt die Jung CVP um. Eine Motion von Marc Kalbermatter, die eine entkrampftere Haltung zum Cannabis fordert, wies JCVPlerin Franziska Schmid mit den Worten ab: «Muss erst die Partei fragen». Dabei hatte die Partei eine Woche zuvor erst eine Infoveranstaltung zum Thema abgehalten. Warum also keine Meinung? Erklärung seitens JCVP: «Bei unserer Veranstaltung waren 20 Leute anwesend, 10 für eine Legalisierung, 10 dagegen. Gleiches Bild in unserem Vorstand: 2 pro, 2 kontra, 1 Enthaltung.» Abgestimmt? «Äh, nein. Aber das fühlt man ja so raus...» Cinas «Mut zum Aufbruch!»? In den USA heisst das «Einfühlender Konservatismus»...

Hockenhorn abgekühlt

Vor zwei Jahren schlugen die Verantwortlichen der Luftseilbahn Wiler-Lauchernalp AG noch Zeter und Mordio, als die Stiftung für Landschaftschutz gegen das Projekt Beschwerde einreichte. Von Enttäuschung, Frustration und finanziellen Drohungen war damals die Rede. Nach einem schwierigen Jahr mit empfindlichen Frequenzverlusten hat sich die Stimmung ums Hockenhorn merklich abgekühlt. Jetzt nimmt der Verwaltungsrat noch Kenntnis von der Verzögerung und wartet bloss mit Ungeduld.



Briger Stadtbroschüre: Was lange währt, wird endlich gut!

Stadtrat macht Jean-Marie Schmid zünftig Beine

BRIG-GLIS – **Seit zwei Jahren ist die Brig-Gliser Stadtbroschüre schon unterwegs. Jetzt macht der Gemeinderat dem Projektleiter Jean-Marie Schmid zünftig Beine. Doch Schmid winkt ab: Alles läuft nach Plan!**

VON KURT MARTI

Anfang letzten Jahres gab der Gemeinderat von Brig-Glis dem füheren CVP-Gemeinderat und jetzigen CVP-Grossrat Jean-Marie Schmid den Auftrag, eine Stadtbroschüre zu erstellen.

Die Broschüre kostet 80 000 Franken und wird von SchülerInnen der Höheren Wirtschafts- und Verwaltungsschule (HWV) unter der Projektleitung von Professor Jean-Marie Schmid verfasst.

24 000 Franken wofür?

Mehrmals hatte die SP im Gemeinderat nachgefragt, wo denn die Broschüre stecke und ob bereits Geld ausbezahlt worden sei. Finanzchef Louis Ursprung ging dann über die Bücher und fand heraus: Schon letztes Jahr wurden 24 000 Franken ausbezahlt. Weil im vergangenen September noch keine einzige Zeile vorlag, stellte sich die Frage: Wofür wurde das Geld bezahlt?

Deshalb wollte der Gemeinderat in einem forschen Brief von seinem früheren Mitglied Schmid wissen, was mit den 24 000 Franken passiert sei und vor allem wo die Brochüre stecke.

Schmid bestätigt gegenüber der *Roten Anneliese,* den Brief vor einigen Wochen erhalten zu haben. Aber von einem eigenen Versäumnis und einem Druck des Gemeinderates will er gar nichts wissen: *«Das ist doch üblich, dass sich der Auftraggeber von Zeit zu Zeit über den Stand der Arbeiten erkundigt.»*

Dann rotierte Jean-Marie Schmid

Auf jeden Fall schaltete Schmid nun den vierten Gang ein und präsentierte einige Wochen später dem Gemeinderat einen ersten Entwurf der Broschüre.

Schmid weist den Vorwurf der Versäumnis vehement zurück und hält fest, dass die jetzige Präsentation schon längst geplant gewesen sei und auch ohne Druck des Gemeinderates zustande gekommen wäre. Zudem habe er auf die Fertigstellung des Schlossparkes warten müssen, um auch wirklich aktuelle Bilder zu haben. *«Bis Ende Jahr ist die Broschüre fertiggestellt»,* versichert er.

Ehemalige SchülerInnen von Schmid müssen über die ganze Geschichte milde lächeln. *«Tüpisch Schami».*

Kein Rappen in die eigene Tasche

«Eine gewisse Enttäuschung» über seine früheren RatskollegInnen kann Schmid allerdings nicht verbergen. Und er beteuert: *«Von den 24 000 Franken ging kein einziger Rappen in meine eigene Tasche. Das kann ich ganz genau belegen.»*

«Ein gewisse Enttäuschung»: Jean-Marie Schmid erhielt nach bohrenden Fragen seiner ehemaligen RatskollegInnen einen forschen Brief aus dem Schloss. (Bild o.r.: CVPO-Wahlprospekt 2001)

Der heitere Schluss

Endlich dort, wo sie hingehören?

(Die ehemaligen Direktoren von «Les Illes» von links mit dem CVP-Staatsrat: Angelin Luisier, Bernard Geiger, Jean-René Fournier, André Beytrison, Michel Evéquoz und Christian Varone, aktueller Direktor)

ROTE ANNELIESE
AZB 3900 Brig · Nr. 169 / September 2001
Bitte Adressänderungen melden an:
Verein Rote Anneliese, Postfach 441, 3900 Brig-Glis